

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 6/8, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 30 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 3.00, wo keine Post am Orte M. 3.25.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsgeld für die einjährige Zeitdauer oder deren Rest 25 Pfennige, für Viertel- und Monatsabbestellungen 15 Pfennige. Später für die nächste Nummer müssen die Bestellungen 6 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 224.

Mittwoch, den 26. September 1906.

17. Jahrgang.

Blutopfer des deutschen Bergmanns.

In aller Erinnerung steht noch der riesige Bergarbeiterstreik vom vorigen Jahre, wo die schmerzhaftesten Forderungen in bezug auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und Schutz für Leben und Gesundheit schroff zurückgewiesen wurden. Auch in Schlesien hat der Bergmann jedes Jahr heftige Kämpfe mit den reichen Bergherren zu führen. Man denke nur an die wiederholten Kämpfe in Neurode und Oberschlesien!

Ebenso ist nun der Bergarbeiterstreik der Knappschafsgewerkschaft für das Jahr 1905 erschienen. Vorher haben wir zwar einige Zahlen aus demselben veröffentlicht, wir hatten es indessen für unsere Pflicht, heut in ausführlicher Weise auf den Bericht einzugehen, damit der deutsche und insbesondere der schlesische Bergmann erfährt, was sein Beruf für graufige Opfer jedes Jahr dem unerlässlichen Grubenkapital bringen muß.

Im Vorjahre gelangten 80,204, im Berichtsjahre 81,871 Unfälle zur Anmeldung. Diese Steigerung ist um so bemerkenswerter, als in das Berichtsjahr der große Bergarbeiterstreik fiel. Die Unfälle verteilen sich auf die einzelnen Sektionen folgendermaßen:

1. Bonn	12,685
2. Pottum	41,096
3. Clausthal i. S.	1,249
4. Halle a. S.	7,221
5. Waldenburg i. Schl.	4,389
6. Tarnowitz i. Oberschl.	9,411
7. Haidau (Sachsen)	4,195
8. München	1,661
Summa	81,881

Da die Zahl der Versicherten im Jahre 1905 647,458 betrug, entfallen auf 1000 Versicherte 126 Unfälle. Die Steigerung der Unfälle erscheint erst im rechten Lichte, wenn man auf das Jahr 1886 zurückgreift, welches bekanntlich zuerst für die Versicherung in Frage kam. Im genannten Jahre betrug die Zahl der Versicherten 348,709, die Zahl der angemeldeten 22,497, auf 1000 Versicherte entfielen mithin 65. Die Steigerung beträgt also fast 100 Prozent, womit erwiesen ist, in welcher schrecklicher Weise die Gefahren des Bergbaues gestiegen sind. Noch deutlicher tritt dies in die Erscheinung bei den tödlichen und schweren Unfällen; diese waren vorhanden im Jahre 1886 2265 = 6,59 pro 1000 Versicherte, im Jahre 1905 10,066 = 15,55 pro 1000 Versicherte. Die erzielte Steigerung der Unfälle seit 1894 zeigt sich auch in folgenden Zahlen. Es gelangten Unfälle zur Anmeldung im Jahre:

1894	38,241
1895	40,616
1896	44,105
1897	46,034
1898	48,204
1899	52,857

1900	58,471
1901	68,998
1902	67,786
1903	74,438
1904	80,204
1905	81,871

Man sieht, der deutsche Bergbau ist ein Schlachtfeld, so blutgetränkt, wie noch keines auf der Welt, auf welchem auch die vollkommensten Wundwaffen der modernen Kriegstechnik zur Anwendung gelangten. Kein Bergbau der europäischen Kulturstaaten weist so viel Unfälle, so viel Blut und Geld auf, wie der deutsche. In England, Frankreich usw. sind die Unfälle bis zu 50 Prozent niedriger als in Deutschland. In jenen Ländern hat man sich allerdings auch schon zur Einführung von Arbeiterkontrolloren bequemt, während in Deutschland das Unternehmertum, die Regierung und die bürgerlichen Parteien vereint der Forderung der Bergleute auf Einführung der Arbeiterkontrolloren den heftigsten Widerstand entgegensetzen.

Eine merkwürdige Tatsache ist, daß der Sonntagabend die meisten Unfälle aufweist. Das ist kein Zufall, sondern auf die Abwanderung der Bergleute zurückzuführen, die am Sonntag ihren Höhepunkt erreicht, so daß die Bergleute zu abgelenkt sind, um die Gefahren gebührend beachten zu können. Der Sonntagabend wies 13,952 Unfälle auf, an Montagen verunglückten 12,955 Personen. Freilich weist der zwölfjährige Durchschnitt auf den Dienstag, als den Tag, an welchem die meisten Unfälle vorkommen. Da nun die Statistik das beliebte Märchen zerstört hat, am Montag verunglückten die meisten Bergleute wegen der am Sonntag stattfindenden Saufereien, so kommt man zu einer neuen Verdächtigung. Allerdings etwas vorsichtig heißt es: „Der Grund für die hohe Unfallziffer an diesem Tage läßt sich nicht feststellen, es dürfte aber die schon früher ausgesprochene Vermutung zutreffen, daß dieselbe durch das Feiern vieler Arbeiter am Montag beeinflusst wird.“

Wir meinen, wenn man nicht Feststellungen machen kann, soll man auch nicht haltlose Vermutungen, die Verdächtigungen gleichkommen, aufstellen. Wenn das Feiern schuld wäre, müßten am Montag die meisten Unfälle vorkommen, weil doch am Sonntag fast alle Bergleute feiern. Damit ist die Unsinnigkeit der „Vermutung“ bewiesen.

In den letzten Jahren hat man in der Unternehmerrpresse so gern jedes Mal herabgehoben, wenn ein Arbeiter angeblich durch Selbstschuld verunglückt. Auch die Berufsgenossenschaft hat eine Statistik darüber aufgetan. Und das Resultat? Die Zahl derjenigen, die durch „Selbstschuld“ verunglückten, ist gesunken, die Zahl derjenigen aber, die infolge Gefährlichkeit des Betriebes verunglückten, ist in gleicher Weise gestiegen. Die Statistik weist nach:

Von hundert Verunglückten verunglückten durch Selbstschuld

im Jahre 1895	37,24
im Jahre 1905	26,86;

durch die Gefährlichkeit des Betriebes

im Jahre 1895	57,78
im Jahre 1905	68,51.

Zahlen reden eine deutliche Sprache und die Statistik zerstört alle Märchen. Wenn man auch amtlich keine Mißstände zugehen will, sie sind doch vorhanden; die Statistik beweist es. Was heißt es übrigens denn, die Arbeiter sind durch Selbstschuld verunglückt. Niemand begibt sich mit bewusster Absicht in eine Gefahr, damit er verunglückt. Das tun die Bergleute nicht, wenn sie auch einmal verunglückt worden sind, wenn sie einen „Knacks“ erlitten, damit sie hinterm Ofen in Bequemlichkeit ihre Rente verzehren könnten. In den weitaus meisten Fällen, wo „Selbstschuld“ konstatiert wird, mag nun allerdings eine Uebertretung irgend einer bergpolizeilichen Bestimmung vorliegen. Aber hat man denn auch schon untersucht, ob die Verunglückten sie überhaupt befolgen konnten? Bei der Gefährlichkeit wird keine Rücksicht darauf genommen, daß der Bergmann behindert ist, wenn er die bergpolizeilichen Bestimmungen befolgen will und muß. Das Gebot wird meistens so gesetzt, daß die Uebertretung die grösste Notwendigkeit wird, wenn anders der Bergmann nicht mit einem Hungerlohn nach Hause gehen will. Und vielfach wird sogar zur Uebertretung aufgefordert! Man ahnt gar nicht, wie sehr in dieser Beziehung gesündigt wird. Also eigentliche Selbstschuld bei Verunglückten können wir nicht anerkennen.

Immer wieder müssen es die Bergleute hören, was durch die Sozialgesetzgebung den Unternehmern für Lasten aufgebürdet worden sind. Daß das Unternehmertum Millionen opfert und die Arbeiter so wenig dankbar sind. Mit Recht kann dem entgegengehalten werden, daß der Arbeiter der Schöpfer aller Werte ist. Daß er auch die Millionen erschuf, welche die Unternehmer für ihn „opfern“. Und sie „opfern“ tatsächlich nichts, an ihren Arbeitern halten sie sich immer wieder schadlos. Namentlich die Bergwerksunternehmer sorgen wohl dafür, daß sie mit 10, 15, 20, 25, 30 und mehr Prozent Dividende anständig durch den Winter kommen. Allerdings haben die Unternehmer für die Unfallversicherung im letzten Jahre 21,544,694.58 Mt. im Umlageverfahren aufgebracht. Eine große Summe, die aber verschwindet neben den Milliarden, die von den Arbeitern erarbeitet und vom Unternehmertum eingesackt wurden. Und was weiß zu guter Letzt die Statistik nach? Daß die an Verletzte gezahlte Unfallrente im Durchschnitt um 4 Prozent gefallen ist, und zwar von 36 auf 32 Prozent. Man weiß ja, wie scharf die Ueberwachung der Verletzten ist und wie schnell man bei der Hand ist, die Rente der Verletzten zu kürzen. Die, die das Los der Unfallversicherung in begeisterten Tönen singen, würden

Das Weiberdorf.

Roman aus der Eifel von Clara Viebig.

12] (Nachdruck verboten.)

„Dau Rahnoos“, schrie die Blonde verächtlich; sie war um ein oder zwei Jahre älter.

„Dau überstämtege Schwesche!“ *)

„Dau unreisen Appel!“

„Ech roppen der beim Börschen***) aus! Tina griff kräftig in die goldenen Zöpfe.

„Brun, Brun“, rief Leis die Freundin zu Hilfe. „Komme chs här! Oef dem das einz hinnen druf, ech halen derweil der verkleimten Nag de Poten!“

„Hal dau dein Schind! Brun, komme bei mech“, schrie Tina. „Ech saon der, dat Leis — Brun, Brun! — et es heit beim Pittchen gewest, et haot zom Pittchen gesast: et hält doch für en Raor! Brun, Brun!“

„Wat?!“ In einem Augenblick hatte sich das Blättchen gewendet, die Schwarze lehnte sich gegen die Blonde. „Beim Pittchen gewest? Mech für en Raor halen? — O dau falsch Dingen!“

Mit triumphierenden Augen sah Tina zu, wie die beiden Freundinnen auf einander losfuhren.

Das war eta Spektakel! Ein Lärmen, ein Schimpfen, ein Schreien. Vom Berghang lönte es nieder zum Tal, an Pittchens Hüte vorbei — der schickte ruhig weiter — und brach sich schallend an der jenseitigen Höhenwand.

Sie hörten alle nicht das Mittagsglöcklein; nur Bättli. Die stand absichts und starrte mit großen traumverlorenen Augen in's Gewühl. Früher hätte sie auch frischweg am Kampf teilgenommen, — aber jetzt?! Es war alles untergegangen in der großen Sehnsucht.

Als das Glöcklein läutete, bekreuzte sie sich; die Stichel entfiel ihr, langsam sank sie auf die Knie und faltete die Hände. Was tat der Lorenz wohl jetzt? Dachte er jetzt auch an sie? —

„Wär' er doch erst wieder hier — ach!“

„Steh uf“, schrie die alte Schneiderin sie an. „Schläffe?“ Die Alte hatte sich auch am Pant beteiligt, besonders mit dem Mundwort; sie hatte aber auch bald darin ihren Meister gefunden, nun ergab sich die ganze aufgeregte Blut von Schellworten über die Schmelgerlöcher, diesen Dorn in ihrem Auge.

Mit einem wilden Inzornium fuhr die Alte auf sie los. Es wurde Bättli nichts erspart; laut und gelend, vor aller

Welt, wurde ihr ihr Fehltritt vorgeworfen. Kein Mädchen war je so schlecht gewesen, so lumpig, so armelig und so berechnend dazu. Was hätte der Lorenz für Partien machen können, aber sie hing ihm ja an wie ein Klotz am Bein, merkte es gar nicht, daß er sie gern los geworden wäre — ja, er hatte sie satt, der Mutter hatte er's vertraut!

Schmerzfüllt richtete sich Bättli auf, stumm, mit düsteren Augen hatte sie auf den Kampf der Weiber gelaugt — Heulen, Schreien, geschwungene Fäuste, verzerrte Gesichter, ein wildes Durcheinander erregter Gestalten — jetzt schien sich auch ihr Blick langsam daran zu entzünden. Als die Schwiegermutter schloß: „Gän haot doch saot, saot bis zom Efel, hän wünsch dich, wuh dau Besser wäsch!“, flammte sie auf.

Sie lehnte sich gegen die Alte, raffte die Stichel auf; ihr Gesicht glühte, ihr Auge glitzerte unheimlich, ein irres wildes Lachen rang sich aus ihrer gequälten Brust. Sie hob drohend die Stichel — aber, da, sie ließ sie wieder fallen. Statt dessen schlang sie die Faust und schmetterte sie nieder auf den Rücken der Schwiegermutter, daß der Hören und Sehen verging. Die Alte kniete in die Knie, schützte den Kopf mit beiden Armen und schrie laut.

Sageldichte Schläge. Die Alte duckte sich und wand sich wie ein Wurm, Bättli stand über ihr gleich einer Mäherin, totenbleich, die Lippen fest aufeinander gepreßt. Sie schlug darauf los mit einer Art von Befreiung, von Erlösung.

„Hör uf“, kreischte die Alte, „ech zeigen dich an! Ech fluchen der!“

Ununterbrochen fielen die Schläge.

„Hör uf, ech saon et dem Lorenz!“

„Lorenz —!“

„Zammerns, beschwörend, bitende zugleich schrie Bättli den Namen nach; der erhobene Arm fiel ihr zur Seite, sie starrte verwirrt drein, als erwache sie aus einem Traum. Ein Bittern, ein Mütteln ging durch ihren ganzen Körper; sie schwankte, die Kräfte schienen sie nicht länger zu tragen. Mit einem dumpfen Laut schlug sie die Hände vor's Gesicht.

„Himmel, Himmel, Himmel“, lönt das Glöcklein der Kirche. Sein dünner heller Klang flegel durch's Dorf und steigt an den Talwänden in die Höhe; oben von Schwarzendorn antwortet ein anderes Glöcklein. „Himmel, Himmel, Himmel!“ —

Auf den Steinfliesen der Kirche lag Bättli. Ihr Gesicht war blaß, ihre Augen rot, vom Leiden bis verzerrt. Sie hob die Hände zu dem Marienbild, das in der Nische des Seitenaltars stand; welche und rote Papierrollen umtrauzten die Gellinde, ein paar dünne Kerzen flackerten in ihren Fäßen.

Kein Mensch war sonst mehr in der Kirche. Die brünnen Holztafel hängen leer; hier und da war ein Beschub zu sehen

geblieben, ein buntes Heiligenbildchen steckte als Zeichen darin. Derbe Lederhühe hatten vom Kot der Dorfstraße mit herein geschleppt; die ausgebreiteten Hosen vor dem Marienbild waren am weissen beschmutzt, da hatten die Weiber vorhin gekniet, die Stirn tief gekniet, unablässig die Lippen beugend.

Ein Gewitter war am Nachmittag aufgezoogen, rasch kam es, ungeahnt, ohne vorherige Anzeichen; Schwarz war der Himmel, schwer wie Blei. Er bröhte mit Hauch. Angstvoll schauten die Frauen aus — sollte das schon die himmlische Strafe sein für den heutigen Pant?

Sie glühen heute alle bleiferten Kriegern nach der Schlacht; einen Krach, einen Stoß, einentritt hat jede weg bekommen. Mit funkelnden Augen waren sie vom Ader heimgekehrt, Schimpfworte, Verwünschungen auf den Lippen. Die Hütentüren wurden zugeschmettert, die Kinder verstockten sich schon, die Schwestern klapperten — manch eine ging heute in's Scherben; mit noch nicht geküßtem Zorn verzehrte man ein sehr verpöbeltes Mittagbrot, es schmeckte wie Galle.

Da — krach — der erste Donner!

Durchbar rollte er im engen Tal; wie ein böses Tier im Kräft, das keinen Ausweg findet, so grölte er zwischen den Bergwänden. Krach, krach — Fall und Widerhall. Und der Himmel so drohend, und die Hüte niederfallende Schwerter.

„Schmarjusep!“ Wie eine Herde Schafe, vom Wolf geschweicht, flüchteten sie in die Kirche. Da lagen sie auf den Hüteln und schlugen die Brust und beteten und seufzten zum Steinerweihen. Sie waren ganz zerknirscht.

„Maria, Jongira voller Gnaden, betmoohr ons!“

„Heiliger Donatus, sämftig dat Angelieder, dau — lass et!“

„Heiliger Donatus, ech stehen dich an, laos meine Gerich net zu schäumen gann — ic nicht als in Mandeln!“

„Heilige Maria, Moddergottis, ech haon et ne e fu Dees gemaant, wie ech dem frech Mensch ein abpiliert haan. Dau wren en Einstehn haon — o Uew Moddergottesse, rechen et mit wet an!“

Draußen kracht der Donner. Kanonenschüsse kretzen er durch's Tal, von einem Ende zum anderen.

„Gegrüßet seist du, Maria — hilf, hilf, heiliger Donatus!“

„Meertern, ich dich grüße.“

„Gottes Mutter läse.“

Der Tag ist schwarz wie die Nacht, in den Winkeln der Kirche haot grauliche Schimmer. Jetzt hebt der alte Rau — jetzt loht ein lauterer Blitz durch die Dunkelheit, noch lauter durch das dünne Glas des Fensters, darauf hat Bildnis des heiligen Donatus steht, mitten zwischen Wägen. Ein gelendes Knurren dröhnen antwortet der drohenden Stimme dröhnen, immer lauter wird das Rurren, immer röhrender werden die die

*) Zweiseite.
**) Bette.

erschüttert sein, wenn sie einmal die Leiden der Un-
glücklichen mit eigenen Augen sehen und eigenen Ohren
erhören wollten. Noch mancher, der da guten Willens wäre,
wird befehligt und anderen Sinnes werden.
Der Bericht beweist, wie groß das Risiko der Berg-
arbeiter ist, wie es immer größer wird und wie schulplos
Bergleute noch immer dastehen. Alle schönen „arbeiter-
freundlichen“ Reden können die furchtbare Anklage nicht
wischen, welche die Statistik der Regierung dem Unter-
nehmertum, der herrschenden Klasse überhaupt, ins Ge-
sicht schlägt.
Die Bergarbeiter täten gut, aus diesen Zahlen die
große Notwendigkeit zu ziehen, sich zu organisieren, damit sie
den mächtigen Gegner möglichst geschlossen gegenüber-
stellen können. Alle Versplitterungsversuche müssen vermieden
werden, die nur dem Unternehmertum zu gute kommen.
Darum Bergleute allerorten, organisiert Euch alle im
nationalen Bergarbeiterverband, der sich
allen Völkern als ein starker Bundesgenosse erweisen hat
dem deshalb schon viele tausende von deutschen Ka-
rten angehören!

Politische Uebersicht. Kritik des Radikalismus

Die Selbstverwaltung der bürgerlichen Presse abfällig kritisiert. Die
Verwaltung in Mannheim hatte — wie gestern mitgeteilt —
Barteitagsdelegierten und den Journalisten ihr Amt da-
zu erleichtern wollen, daß sie besondere Einrichtungen für
Besitz- und Telegraphenverehr im Apollotheater — wo der
eitag tagt — such. Flug kommt der Staatssekretär des
Postamtes, den wahrscheinlich der Schwarze Ablerorden sei-
ne Kollegen nicht schlafen läßt, und verfügt die Rück-
nahme der getroffenen Einrichtungen. Die „Frankfurter
Zeitung“ bemerkt dazu:
Die Wichtigkeit dieser Angabe vorausgesetzt, würde u. U.
die Dauerlicher Mißgriff der Reichspostverwaltung vorliegen.
Auf den Ratholiken tagen z. B. stellt die Reichspost sogar eigens
den Stempel zur Verfügung, der neben dem vorgeschriebenen
Schriftzug noch den Sonderausdruck „Ratholiken tag“ trägt, und
dies ist nicht zu unterschätzen, hat sie auch anderen großen Kongressen
in derartigen Angelegenheiten befohlen. Warum also einer
staatsdemokratischen Veranstaltung es verweigert? Solange die
Staatsdemokratie nicht unter einem Ausnahmegesetz steht, würde
ein derartiges Vorgehen als Willkürakt charakteri-
siert.
Die Sozialdemokraten haben den „Erlaß“ kritisch mit der
gehörigen Heftigkeit ausgenommen und genau so wird es
den Brüdern auf dem Parteitag ergangen sein. Kritische
Äußerung hat höchstens bei den bürgerlichen Richter-
ern verschluckt, die, trotzdem sie „staatsbehaltend“ sind, so
sich nicht belästigen lassen!

Deutsch-koloniale Kriegskunst.

Im „Tag“ veröffentlicht der Generalleutnant z. D. von
König eine Studie über „Die Wiedereroberung der Auf-
gaben in den Kolonien“, worin er die Entdeckung macht, daß
in Südafrika der liebe Gott bei den härteren Bataillonen
Nach seiner Meinung müssen die deutschen Soldaten den
härtesten Schwärzen immer an Zahl überlegen sein, um
zu können. Der militärischen Lichtigkeit der Schwärzen
hat Herr von Reichenau das höchste Lob; er rühmt ihre
körperliche Leistungsfähigkeit, Sinnesschärfe, Bedürfnis-
losigkeit, Landeskenntnis, ihre Verschlagenheit, ihre Geschicklich-
keit in der Benutzung des Geländes und ihre vorzügliche
Bewandlung. (Und das alles ohne Trill, blande Kräfte und Pa-
marisch! F. Reb.) Um solche Gegner sicher vor die
Tür zu bekommen, so fährt er wörtlich fort, „muß man ihnen
entweder qualitativ (das heißt an Lichtigkeit), oder doch
quantitativ (das heißt an Zahl!), womöglich
beide nach beiden Richtungen hin überlegen
sein.“ Das erlere, die Überlegenheit der Fähigkeiten, träge,
das Menschenmaterial betrifft, zur Zeit nicht zu. Hieran
ist keine Tapferkeit der deutschen Truppen etwas ändern,
da über seine Kraft könne niemand.
Von dieser neudeutschen Kriegstheorie werden die fremden
Mächte und ihre Kolonialstrategen nicht wenig über-
zeugt sein. Bei ihnen galt es bisher als allgemeine Regel,
der weiße Soldat dem farbigen weit überlegen sei, und
diesem gelang es ihnen, mit einer verhältnismäßig
kleinen Truppenmacht sehr große Ein-
genennenaufstände nieder zu zwingen. Man
kann vielleicht auf den Gedanken kommen, daß die deutsche
Kolonialkriegführung „humaner“ als die der anderen Nationen,
denn weniger erfolgreich sei, wer sich aber der Erlasse des
General von Reichenau erinnert, wird sich solche Gedanken
wohl aus dem Kopf schlagen. Und im übrigen sagt es ja
General von Reichenau mit bürren Worten heraus, daß die
deutschen Truppen einfach minder tüchtig
als die bewaffneten Heere der Fetzen und Hölzerleute!
Wir müßten uns danach für die Zukunft darauf gefaßt
machen, daß bei künftigen Kolonialkriegen zur Bewältigung
des schwarzen Aufstandes gleich zwei deutsche Soldaten über
jeden schwarzen Soldaten zu stellen wären. Jedes Heer muß
Reichenau ein, daß „erhebliche Verhältnisse“ eine große
Zahl von Soldaten erfordern würden. Solche enorme Kosten für ein
von verhältnismäßig geringem Nutzen, könnte nur einem
sehr zugewandten Heere. Herr von Reichenau sagt daher nach
dem Mittel der Aufhilfe und findet dieses in der Verkleinerung
der Truppen. Nunomen haben die Schwärzen glücklicherweise
nicht, sie können und also an militärischer Lichtigkeit kaum
verloren sein! Der General, den das Kritikerfeuer, zumal
Kritik, durch seine physische wie vor allem auch seine
moralische Schwäche, hervorgerufen, welche dann häufig den
Mangel an Kritikfähigkeit, deren „moralische
Lichtigkeit“ er also besitzend ist!

schon Reichsherrlichkeit neuen Kriegsrühm zu erringen. Die
Ausführungen des Herrn von Reichenau müssen aber auf die
Kolonialtruppen geradezu beschämend wirken, sie stellen ihnen
in militärischer Beziehung ein Armutszeugnis aus, wie es
schlimmer gar nicht gedacht werden kann.

Eine Wackpfeife für Erzberger.

Schon lange
dürfte Erzberger, Deutschlands parlamentarischer Viel-
schwäger, seinen engeren Freunden recht fürchterlich geworden
sein. Aber aus begreiflichen parteigegenständlichen Gründen
haben sie ihm bisher die Stange halten müssen, so oft er
auch mit neuen Kolonialstandarten und „Standarten“ vor die
Öffentlichkeit trat. Nunmehr empfängt er eine berbe Lektion
von der „Köln. Volksztg.“:
Da Herr Erzberger die Namen der beiden angeblich vom Kon-
gongrat bestellten Berliner Blätter noch immer nicht ge-
nannt hat, reißt seiner Freundin die Geduld. Die „Köln. Volksztg.“,
die kürzlich nur die Stimmen aus anderen Zeitungen wiedergegeben
hatte, wird heute deutlicher und schreibt:
Unseres Erachtens sollte man derartige Mitteilungen nicht
öffentlich verbreiten, wenn man nicht in der Lage ist, einen selbst-
ständigen Beweis dafür zu führen. Es hat doch sein Mißliches,
wenn eine derartige Behauptung aufgestellt wird, die auf einen
größeren Kreis von Blättern ein schießes Licht wirft, ohne daß al-
sbald außer Zweifel gestellt wird, wer damit gemeint ist. Darüber
können die Berliner Blätter sich mit Recht beklagen. Ob das Pres-
bureau des Kongresses sich dazu bereitstellt, in dieser Sache zu
reden, erscheint sehr zweifelhaft. Darum hätte nach unserem
Vorschlag Erzberger darauf verzichten sollen, ihm die
ihm Erachtens weiterzugeben. Er liefert damit
seinen Gegnern nur Handhaben, seine ganze, in der
Hauptfrage sehr verdienstliche Tätigkeit zu verdächtigen.
Wir begreifen übrigens auch nicht, weshalb Erzberger
die Namen der beiden Blätter öffentlich verweigert.
Ober sollte sich unter diesen vielleicht die „Ger-
manica“, das Berliner Zentrumsblatt, befinden...?

W. Ein Landstreichersbruch und Falschprozeß wird
Ende dieser Woche vor dem Schoungericht in Magdeburg zur
Verhandlung kommen. Nicht weniger als 23 Angeklagte,
größtenteils Antifaschisten, haben vor dem Schoungericht zu er-
scheinen. Die Straftaten, die zur Erhebung der Anklage führten,
sollen anlässlich des Wandeburger Antifaschisten im Frühjahr d. J.
begangen sein. Als „Hilfsschlichter“ gingen zwei der Angeklagten be-
reits seit April in Untersuchungshaft. Für den Prozeß sind zwei
Verhandlungstage vorgesehen. Die Verteidigung der Angeklagten
führen die parteigegenständlichen Rechtsanwälte Wolfgang Heine-
Berlin und Otto Landsberg-Magdeburg.

Anatomische Lehrmittel aus Hamburg. Großes Aufsehen
erregt die Aufdeckung eines Schwundgeschäftes seitens
des Eppendorfer Krankenhauses an Universitäten und
Kliniken. Die Befreiung von mit Valat gefüllten Särgen ohne
Rechnung soll bereits ausgegeben worden sein. Für die Ueberweisung
von Krankenleichen an Universitäten soll eine Senatserlaubnis vor-
handen sein. Wie weiter verläuft, werden sich auch die Gerichte mit
dieser heiklen Sache beschäftigen. Es ist nämlich gegen den Ge-
schäftsführer der Hamburger Verwaltungsstelle des Staats- und
Gemeindearbeiterverbandes, Schönberg, von dem Präses des
Krankenhauses, Senator Dr. Schröder, Strafantrag ge-
stellt worden wegen Verleitung des Direktors des Eppendorfer
Krankenhauses, Professor Lehmann, sowie der Abgaben für die
Verwaltung der Anatomie der Anstalt verantwortlichen Beamten.
Der Angeklagte soll in Bezug auf die angelegten Verleiden un-
wahre Behauptungen beilegender Natur aufgestellt haben. Die
Hauptverhandlung soll stattfinden am Donnerstag, den
18. Oktober d. J. Vormittags 9 Uhr 20 Minuten, vor der vierten
Strafkammer des Landgerichts.

Kleine politische Nachrichten.

In der bekannten Strafsache gegen G. H. Schneider
und Genossen, die Verhaftungen über auffällige Vor-
gänge in der Kolonialverwaltung betreffend, ist
gehört auch der verantwortliche Redakteur für den
imperialistischen Teil der „Germania“ vor dem Untersuchungs-
richter als Zeuge vernommen worden. Seine kurze Er-
klärung beschränkte sich darauf, daß er die Herren G. H. und
Schneider nicht kenne, sie nie getroffen und auch keinerlei Mit-
teilungen von ihnen erhalten habe, und daß er weitere Aus-
sagen auf Grund des § 51 der Strafprozeßordnung verweigern
müsse. — Wie das „N. Z.“ meldet, hält man in Berlin den
Meteor-Fall für erledigt. Jedem welche Störung
der deutsch-englischen Beziehungen hat er dank der Unbereinge-
nommenheit, mit der sowohl hier wie drüben seit Beginn
verhandelt worden ist, nicht zur Folge gehabt. Die ganze Ge-
schichte beruht lediglich auf einem Mißverständnis. — Der Führer
der braunschweigischen westfälischen Partei, Graf v. d. Schulen-
burg, veröffentlicht in den „Braunschweiger N. N.“ eine Erklä-
rung, in der es unter anderem heißt: Der Herzog von Cam-
berland hat unter Zugziehung seiner Söhne und Berater und
auf Grund des im Gewunden liegenden Aktenmaterials alsbald
zur braunschweigischen Thronfolgefrage
Stellung zu nehmen. — Die Nationalliberalen beschließen ein
Zusammengehen mit den Freimütigen bei den Landtagswahlen
des Eigenen Kreises. — Der süddeutsche Parteitag der
Freimütigen Volkspartei nahm einstimmig eine Resolution an,
welche die Steuerpolitik verteidigt, sah jedoch nach einer lebhaften
Debatte von einer Beschlußfassung ab. — Der kommandierende
General von Deines soll als Vorsitzender des Reichsmilitär-
rats ausserhalb sein. Als sein Nachfolger wird der komman-
dierende General, Generalleutnant von Linde aus Aassel,
bezeichnet. Dorthin ist bereits Herzog Albrecht von
Bürttemberg berufen worden. — Die fortschrittliche Bewegung
in Spanien nimmt immer mehr ab. Mehrere Bänder haben
sich aus freien Stücken aufgelöst.

Ausland.

Um Cuba. Aus Havana wird gemeldet: Die ameri-
kanischen Delegierten hatten eine Konferenz mit zwanzig Mit-
gliedern der Revolution, wobei das Uebereinkommen getroffen wurde,
einen Ausschuss von dreizehn Mitgliedern zu wählen und
dieser mit den notwendigen Vollmachten zu versehen, der die
Zukunft bei der Konferenz mit den Regierungsdirektoren ver-
treten soll. Die Revolution haben dem amerikanischen Kriegsminister
Trotter mitgeteilt, daß dem Ausschuss dieses Amt übertragen ist.
Man plant nunmehr, daß eine bewaffnete amerikanische
Intervention sich erbringe wird.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 25. September.
Die Opfer des Striegauer Platzes.
Gestern haben die Wähler begonnen. Mit allge-
meiner Spannung haben die zahlreich erschienenen Wähler,
die sich im Korridor drängten, der Eröffnung der Sitzung
zugeschaut, die im kleinen Saal der Straßenscheune stattfinden mußte,
da im Sitzungssaal die Geschworenen noch ihren
Eid ablegten. Die Sitzung wurde die Angeklagten an-
wesend.

Die Eröffnung der Sitzung brachte schon die Ent-
täuschung. Auf Antrag des Justizrats M a m r o t mußte
noch einmal in die Beweisaufnahme eingetreten
werden. Es wurde zum Falle der He b a m m e H a s e
der Bäckergefelle Max Esner vernommen, der folgendes be-
kundete: Er sei mit seiner Ehefrau Abends gegen 9 Uhr
aus der Stadt gekommen und habe in dem am Striegauer
Platz gelegenen Drogengeschäft des Herrn Haase, des
Bruders der Angeklagten, noch etwas einkaufen wollen. Am
Striegauer Platz habe ihn seine Frau auf die N s a m m e
Lung von Schutzleuten aufmerksam gemacht. In
diesem Augenblicke sah er mehrere Zivilisten über den Platz
laufen, hinter ihnen her einige Schutzleute, die mit Säbel-
hieben die Fliehenden traktierten. Darauf wollte er mit
seiner Frau auch fortläufen, er stolperte aber, fiel
hin und einer der verfolgenden Schutz-
leute über ihn, während ein anderer ihm mit dem
flachen Säbel einen Hieb über das Gesicht
versetzte, daß er dachte, „nun wäre ein Osterbröt-
chen fertig“. „Ich habe doch nichts getan“, rief Esner, worauf
er mit der Frau seiner Wege gehen konnte.

Auch Justizrat Heine hatte einen Beweisantrag zu
stellen, und zwar zum Falle Schneider. Bewohner-
innen des Hauses, in dem Schneider wohnte, sollen nämlich
bekunden, daß Schneider bereits um 6 1/2 Uhr am
19. April zu Hause gewesen ist, also zu der
kritischen Zeit, wo er einen Schutzmännchen mit dem Messer be-
droht haben sollte. Um die Frauen herbeischaffen zu können,
mußte die Sitzung unterbrochen werden. Die Frauen
konnten aber, da sie nicht zu Hause waren, nicht erscheinen,
um so mußte nach längerem Warten die Sitzung vertagt
werden, da der Vorsitzende sich mit aller Entschiedenheit
weigert, einen einzelnen Fall von den übrigen loszutrennen
oder aber vor endgiltiger Erledigung der Beweisaufnahme
die Plaidoyers beginnen zu lassen.

Wir enthalten uns mit Absicht jeden Wortes der
Kritik, so lange der Prozeß nicht abgeschlossen; aber das
eine möchten wir doch schon sagen, daß wir die Erregung
des Vorsitzenden, so sehr wir anerkennen, daß er ein Recht
auf rasche Erledigung hat, nicht verstehen können, wenn
immer wieder neue Anträge den Abschluß hinausschieben.
Die Angeklagten wehren sich ihrer Haut, so gut sie können.
Es ist ihnen nicht übel zu nehmen, wenn ihnen bei dem
Mangel an dialektischem Denken nur langsam im Laufe der
Verhandlung Entlastungsmaterial einfällt, zumal das Vor-
verfahren so sehr den Charakter der Geheiminquisition ge-
tragen hat. Jedenfalls ist es bei dem Angeklagten
Schneider, der seit dem 25. April in Untersuchungshaft
sitzt, ausgeschlossen, daß er die Absicht hat, die Entscheidung
zu verschleppen.

Die Zahl der Zurücknahme von Strafanträgen beläuft
sich auf sieben. Das Urteil ist mit ziemlicher Bestimmtheit
heute noch zu erwarten.

Die besudelten Formulare der Bäckergefellen.

Wir berichteten vor einigen Tagen, daß vom Verbands-
vorstand teilweise in der empörendsten Form unter den
unfähigsten Beleidigungen wieder juristisch worden sind,
in einem Falle sogar mit Menschenkot beschmiert. Hierzu
hat uns nun Herr Mohr eine Berichtigung geschickt, in
der er uns mitteilen auffordert, daß er nicht der Ab-
senker des besudelten Formulars sei. Demgegenüber wird
uns von der Verbandsleitung versichert, daß sie vermöge der
getroffenen Vorkehrungen jederzeit in der Lage ist,
den Beweis für die Richtigkeit der Behauptung zu erbringen.
Ferner aber können auch eigene Kollegen des Herrn Mohr
benannt werden, denen gegenüber dieser die Substanz selbst
zugegeben hat, nur soll es nicht Rot, sondern bloß Roskrich
gewesen sein. Wir haben jedenfalls unsere Nase für zu gut
gehalten, uns vor der Möglichkeit dieser Behauptung zu über-
zeugen. Die Tatsache, daß einige Breslauer Bäckermeister
über eine wirklich „vornehme“ Bildung verfügen, wird damit
nicht aus der Welt geschafft.

Zur Lage der Drechsler in Breslau.

Bis zum Rat des Jahres 1906 waren die Drechsler
Breslaus ein Volklein, das den Begriff und Wert eines ein-
heitlichen Tarifs und einer geregelten Arbeitszeit nicht kannte.
So viel Werkstätten, so viel verschiedene Akkordpreise waren vor-
handen, und auch die Arbeitszeit schwankte zwischen 10
und 12 Stunden täglich. Nun griff hier die Verwaltung der Zähl-
stelle Breslau des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes ganz ener-
gisch dem Schlenker an den Gängel und siehe, es wurde ein
schöner Erfolg ohne Kampf erzielt. Ein Tarif kam zustande,
der eine zehnprozentige Erhöhung der Akkord- und Lohnpreise
mit sich brachte, und auch die Arbeitszeit wurde auf 10 Stunden
festgelegt. Aber es zeigte sich hier wie überall, Arbeitgeber und
Arbeitnehmer erkannten die Tragweite und den Wert eines
Tarifs nicht. Die Arbeitgeber und vor allem ein großer
Teil derer, die mit in der Lohnkommission saßen und den Tarif
zustande brachten, mußten bald wegen Tarifbruchs vor die
Schlichtungskommission geladen werden. Ja, einer von ihnen
lehnt bis heute den von ihm selbst unterzeichneten Tarif ab.
Dieser Mann, namens B o r s t g, beschäftigt in seiner Werkstatt
einen Gesellen, der vollständig Krüppel ist. Derselbe muß
immer zur Arbeit und von derselben durch einen seiner Fam-
lienangehörigen geführt werden. Wie dieser Krüppel als
Drechsler arbeiten kann, ist ein Rätsel. So will es die göt-
liche Weltordnung, daß Leute, die ins Spittel gehören, noch
an die Drehscheibe gespannt werden; aber nicht zum mindesten
will es auch Herr Borsig, der dem Mann den ihm tariflich ge-
kauften Mehrverdienst entzieht und denselben mit 8 bis 10
Mark wöchentlich nach Hause schickt.
Aber auch Drechslergefellen können sich an den Tarif nicht
gewöhnen. Es zeigte sich, daß es ihnen an dem nötigen Müd-
geat fehle, um den tariflich festgelegten Preis zu fordern. So
mußte erst eine T a r i f f e r m a c h u n g s - K o m m i s s i o n
gebildet werden, die auch jetzt segenreich wirkt.
So weit über den Tarifabschluß und seine Wirkung. Nun
aber, wie gehen die Väter, die Söhne haben und dieselben ein-
handwerkler werden lassen wollen, dem Drechslergewerbe gegen-
über? In der Gesellen-Zustand und der Meister-Verger
wird leider fast keiner mehr Drechsler hier lernen. Während
früher 15 und noch mehr Lehrlinge am Quartalschluß freige-
sprungen wurden, zählt man jetzt höchstens 2 bis 3. Es ist
auch nicht zu verwundern, daß bei dieser ungeheuer schweren
Arbeit, der langen Arbeitszeit und dem fargen Verdienst kein
Vater seinen Sohn diesem traurigen Handwerk überreicht.

Fünfundsechzig Monate Gefängnis,

damit will Staatsanwalt Dr. Hensel die Streikämpfe auf dem Striegauer Platz gestrichelt wissen. Nicht der Handbader, die Schutleute, die auf Fliehende einhieben, sind es, gegen die der Vertreter der Anklage diese dramatischen Strafen verhängt wissen will, sondern Arbeiter, die vielleicht in der Aufregung darüber, daß sie von den Unternehmern auf die Straße gesetzt wurden, in der Aufregung über das schroffe Vorgehen der Polizei, vielleicht auch im Banne des Alkohol sich zu unbedachten Worten haben hinreißen lassen. Festgestellt aber sei schon heute, daß weder durch die Worte, noch etwa durch die Handlungen der Angeklagten irgend jemand zu Schaden gekommen ist.

Und trotzdem 75 Monate Gefängnis! So weit ging der staatsanwaltschaftliche Eifer, daß er in dem einen Falle drei Jahre Gefängnis beantragte und erst durch den Vorstehenden sich darüber belehren lassen mußte, daß die Höchststrafe in diesem Falle zwei Jahre beträgt.

Im einzelnen sind bis jetzt folgende Strafen beantragt:

Gegen Schneider, der gegen den Schuhmann Postichter das Messer gezückt haben soll,

1 Jahr 6 Monate,

gegen Doska wegen angeblicher Teilnahme am Aufruhr

1 Jahr 6 Monate,

gegen Jaschek, der einem Schuhmannsperde in die Bügel gefallen ist, 9 Monate und wegen Vergehens gegen § 158 G.-D. 2 Monate, zusammen 10 Monate.

gegen Ernst Hoffmann wegen Vergehens gegen § 153 G.-D. und Schuhmannsbeleidigung

5 Monate,

gegen Radak wegen Streikverhinderung 5 Monate und wegen Aufstands (§ 116 Str.-G.-B.) 3 Monate, zusammen

8 Monate,

gegen Tschner bezugleich zusammen

5 Monate,

gegen Josef Leisner wegen Aufstands

3 Monate,

gegen August Leisner wegen Aufstands

2 Monate,

gegen Sturm wegen Aufstands

2 Monate,

gegen Maiot wegen Aufstands

2 Monate,

Gegen Wandel, weil er sich auf die ergangene Aufforderung hin nicht von der Straße entfernte,

6 Wochen.

Bei Hartwich und Schimpf beantragt der Staatsanwalt Freisprechung.

Das Klaidoyer dauert bei Redaktionschluss fort.

* **Wörter ein Polizeikommissar sich ärgern muß.** Unter dieser Epithete berichten wir vor einiger Zeit über einen Prozeß, der sich vor dem Breslauer Schöffengericht abspielte. Angeklagt waren die Mannen Emil Wette und Franz Sowa wegen angeblicher Beleidigung des Polizeikommissars Sinniol. Eines Tages war der Kommissar mit einem großen Hunde an einer Haustelle auf der Gabisstraße vorübergekommen. Mehrere auf dem Bau beschäftigte Arbeiter unterhielten sich darüber, welcher Rasse der Hund angehören möchte. Sowa wurde dieser Unterhaltung überdrüssig und brachte die Diskussion mit dem Bemerkung zum Abschluß: „In meinen Augen ist das ein Hund.“ Sinniol hatte die Worte gehört und betrachtete sich damit als beleidigt, indem er annahm, er selbst sei Hund geschimpft worden. Der Kerger hierüber ließ ihn wahrscheinlich an einem der nächsten Tage noch etwas weit Schlimmeres hören. Er behauptete, als er wieder an dem Bau vorübergekommen sei, habe man oben in kurz abgerissenen Sätzen gerufen: „Striegauer Platz! Linke Hand weg! Linke Hand weg!“ Dieser Vorfall hätte sich vor Gericht ebenfalls als sehr harmlos auf. Sowa hatte „linke Hand“ kommandiert, womit gemeint war, der am linken Pfeiler arbeitende Kollege solle die Schürze um eine Schicht höher stecken. Das übrige hatte Sinniol im Kerger hinzugefügt. Es werde deshalb in beiden Fällen auf Freisprechung erkannt.

Der Staatsanwalt legte Berufung ein, über die am Montag verhandelt wurde. Die Berufung zeigte sich im Laufe der Verhandlung aber so unangebracht, daß der Staatsanwalt am Schlusse selbst beantragte, sie zu verwerfen. Dies geschah auch, womit das freisprechende Urteil anrecht erhalten bleibt.

Walderholungsstätten und Genußgheim.

Auf der 31. Hauptversammlung des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege wurde unter anderem auch über die Notwendigkeit der Errichtung von Walderholungsstätten und Genußgheimen verhandelt. Doktor Senhoff führte dabei folgendes aus: Es sei nicht nur die Aufgabe der Krankenfürsorge, die unmittelbaren Folgen einer Krankheit zu beseitigen, sondern auch die Arbeitsfähigkeit der Kranken so bald wie möglich wieder herzustellen und einer Etablierung durch die Wiederaufnahme der Arbeit vorzubereiten. Daher bedürfe es außer den Krankenhäusern Anstalten zur Vollendung der Genesung. Desgleichen seien Anstalten notwendig zur Beseitigung der Erscheinungen leichter chronischer Erkrankungen, die in den Krankenhäusern keine Aufnahme finden können, zur Vorbeugung der Krankheitsverschlimmerung und zur Vorbeugung drohender Erwerbsunfähigkeit. Die Verpflegung in Anstalten, in welchen die Kur des Kranken individuell gestaltet werden kann, sei dem einfachen Landaufenthalte oder dem Aufenthalt in Bädern vorzuziehen. Als Anstaltsformen kämen vornehmlich Genußgheimen und Walderholungsstätten in Betracht. Die Auswahl der Anstalt hänge in jedem Falle von der Besonderheit der Krankheitsfälle ab. Er erwähnte ferner, daß die Genußgheimen für Kranke vorbehalten werden, welche für längere Zeit dauernd von ihrer Hausstätt fernbleiben müssen, und für welche ein größerer Behandlungsapparat notwendig ist. Die Walderholungsstätten seien besonders für die große Masse derer geeignet, die lediglich der Ruhe, des Aufenthaltes in guter Luft und einfacher hygienischer Behandlungsmethoden bedürfen. Die Errichtung der Anstalten müsse so einfach gehalten werden, wie es die Erreichung des beabsichtigten Zweckes eben zulasse. Die Errichtung von Genußgheimen liege in erster Reihe den Gemeinden oder Oberbehörden, in zweiter Reihe den Landesversicherungsanstalten ob. Nur in Ausnahmefällen empfehle sich die Errichtung durch Krankenkassen, Betriebsunternehmungen, religiöse oder Wohlfahrtsvereine. Die Erholungsstätten unterscheiden sich von den Genußgheimen grundsätzlich dadurch, daß sie nur Tagesbesuch haben. Daraus ergäbe sich die Notwendigkeit, daß sie in leicht erreichbarer Nähe der Städte errichtet werden. Charakteristisch für die Erholungsstätten sei die allseitige

Billigkeit des Betriebes, die es ermöglicht, die Erholungsstättenplätze einer fast unbegrenzten Zahl von Bedürftigen zukommen zu lassen. Ein Abweichen von der größten Einfachheit bedeute zugleich eine numerische Einschränkung der Fürsorge. Weber für Genußgheimen noch für Erholungsstätten empfehle sich eine weitgehende Beschrankung auf bestimmte Krankheiten.

Au den Vortag knüpfte sich eine längere Debatte, in deren Verlauf Gehlert, Bitter, Berlin, Direktor der Königl. Charité, ausführte, daß die Walderholungsstätten eine Entlastung der Krankenhäuser bedeuten, namentlich eine Entlastung von den tuberkulösen Kranken. Er verteilte dann auf die deutschen Pflege- und Unterfürsorgestellen, deren Wirksamkeit littet sei von dem Grundsatz, daß die Tuberkulose eine Wohnungsfrage sei.

* **Das Hochwasser in Plessan.** Das aus Oberschlesien gemeldete Hochwasser ist seit Sonntag zum Teil in Plessan eingetroffen und hat ein bedeutendes Steigen der Ober- und Unterwasserstände verursacht. Die Wasserschicht ist vollständig unterbrochen. In großer Zahl liegen die zur Weiterfahrt hier eingetroffenen Röhre oberhalb der Pfingstbrücke und an der verläuerten Uferstraße, teils leer, teils mit verschuldenen Gütern verpackt, und oberhalb der Stadt andere diese beladene Röhre im Strombett. Die Uferstraße am Weidenbamm ist bis an die Pralle am Heiliger Brue verlegt worden; denn bis dahin sind die Uferüberbauten mit Wasser bedeckt, so daß nur die Bahnen hervortreten. Auch die Dole hat die anliegenden Piesen mit unter Wasser gesetzt; die Hollandwiesen am Weidenbamm bilden einen riesigen Teich, aus dem nur einzelne hochgelegene Punkte als Inseln zu sehen sind. Ebenso sind die Niederungen bei Eschank vollständig unter Wasser gesetzt.

* **Kindesmord?** Am 28. d. M., Nachmittags, wurde in einem Haus an der Grünstraße die Leiche eines neugeborenen Knaben gefunden. Die Leiche war in Zeitungspapier eingewickelt und bereits stark in Verwesung übergegangen.

* **Rubel gesucht.** Am 22. d. Mts., Nachts, hat ein Brigittental 16 wohnender Droßknecht, welcher zwei Herren und zwei Damen von Wroconen nach der Wischelsstraße gefahren hatte, anstelle eines Einmarschküdes ein Pwanzgarmarkstück in Zahlung erhalten.

* **Leichenfund.** Am 30. August war der 31 Jahre alte Schlosser Paul Lindner von der Alsenstraße 76 beim Baden in der Ober bei Döwis ertrunken. Nunmehr ist seine Leiche bei Walsch gefunden worden.

* **Selbst gemordet?** Am 22. d. Mts., Mittags, wurde neben einem mit Wasser gefüllten Schachtel an der verläuerten Pwanzstraße eine Mädchenbluse und ein Ketten gefunden mit der Aufschrift: „Wer meine Leiche findet oder diesen Ketten, bitte meine Eltern an benachrichtigen. Effe Friedmann. Eltern wohnen Gr.-Kunzenborf bei Neiffe.“ Die Leiche ist noch nicht gefunden worden.

* **Ehrensteinbrand.** Am 22. d. Mts., wurde die Feuerwehr wegen eines Schornsteinbrandes nach Klosterstraße 33 gerufen.

* **Gefundener Trarling.** Am 22. d. Mts. ist im Garten des Gewerkschaftshauses ein Trarling, gez. M. R. 22. 5. 05, gefunden worden. Derselbe ist dort abgehoben.

* **Gefunden wurden:** ein goldenes Fingerring, eine Zigarettentasche, eine schwarze Damenschleife und eine Welle.

* **Abgehoben kamen:** eine Damenuhr, eine goldene Brosche mit einem Brillant, ein Paar Gummischuhe, ein goldenes Kettenarmband und ein Portemonnaie mit 55 Mark Inhalt.

* **Abgehoben wurde ein Kaufbuche,** welcher einem Restantur auf der Pwanzstraße 150 Mark gekostet und sofort in einer Nacht verjuebt hatte.

* **Gefunden wurden:** aus einem Schrebergarten ein Karabiner-Pistole, ein buntes gestreiftes Vorhang und eine Mütze; aus einer Wohnung auf der Schindelschle ein schwarz-weiß gestreiftes Kleid; einer Schenkstein auf dem Markt ein Portemonnaie mit 8 Mark.

* **Mit Beschlag belegt wurde eine fast neue grau gefärbene Perlenerwaage,** welche am 17. d. M. durch einen unbekannt Mann in dem Kauf Kaiser Wilhelmstraße 63 eingekauft worden ist.

* **In das Polizeigefängnis wurden am 22. und 23. d. M. 54 Personen eingeliefert.**

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

Metallarbeiter-Verein (Dauerschläger). Mittwoch, den 28. September, Abends 8 Uhr, findet für die Kollegen der Gräbener Vorstadt, in dem Lokal des Herrn Hoffmann, Götzenstraße 8, eine Zusammenkunft statt. Pünktliches Erscheinen ist erwünscht. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Zus Schlesien und Polen. Neues Hochwasser

ist am Montag in den schlesischen Gebirgsbächen eingetreten. Das Wasser erreichte zwar nicht dieselbe Höhe als in der vergangenen Woche, trotzdem sind die Wäde an vielen Stellen wieder ausgefüllt. In Gersdorf und Runnersdorf hat der Jaden kleinere Dämme zerfallen, Ufermauern unterbrochen und Wiesen verflutet. Der Arbeiter Franz Raupach, der in der Papierfabrik Westende beschäftigt war, ist dem Hochwasser zum Opfer gefallen. Der „Vote“ berichtet hierüber: Raupach war mit noch einigen Arbeitern dicht unterhalb der großen Jadenbrücke in der Rosenau Sand für die Fabrik aus dem Jaden holen. Durch das Infolge der nachfolgenden Wälle erfolgte Anschwellen des Jadens aber ging dies nicht an, die mehr sollte der dort angelegte und geführte Laufweg eingezogen werden. Plötzlich kam nun die Flutwelle, das Wasser wuchs rapide an und brachte den Laufweg ins Wanken. Trotz warnenden Zurufes der Genossen sprang nun R. noch einmal darauf, um einen Balken zu retten, als der Steg plötzlich vom Wasser auseinandergerissen wurde und R. infolge dessen in den Strom stürzte, der ihn rasch mit forttrieb. R. hatte noch einen Balken erfassen können, mit dem er stromabwärts trieb, lautete Hilferufe ausstehend. Weiter konnten die den einschüchtern Vorgegang beobachtenden oder herbeieilenden Genossen und Passanten keine Hilfe bringen. — R. trieb mit unheimlicher Schnelligkeit unter dem nahen Zippelberge hindurch, in den rasenden Wogen mit hinein und unter dem Diabot hindurch, fortwährend herzerzählend um Hilfe rufend. Einige Male gelang es ihm, Weidengebüsch zu erfassen, aber es brach stets unter der Last. Bei der Sattlerfabrik gelang es einem Arbeiter, den Treibenden mit einer Halenstange zu erfassen, aber die Leistung ist. Auf dem Wehre hielt sich der Unglückliche noch eine Zeit lang, immer laut um Hilfe rufend, doch schließlich verließen ihn die Kräfte, er wurde über das Wehre gerissen und versank in den schäumenden Wogen, während der Balken wieder an der Oberfläche erschien. Die Leiche ist bis jetzt noch nicht gefunden worden.

Am Sonnabend ist in Girschberg ebenfalls das vierjährige Mädchen des Memnermeisters Wedig ertrunken. Es war in den stark angeschwollenen Mühlgraben gefallen. Die Leiche konnte bis jetzt noch nicht gefunden werden.

Die Hochwasserschäden der vorigen Woche haben insbesondere in Mauer am Zappertendau großen Umfang angenommen. Nach oberflächlicher Schätzung beträgt der dort entstandene Schaden mindestens 50 bis 60 Tausend Mark. Das Weiden der Zappertendau infolge der Verwüstungen ein trostloses Bild. Die ganze Bauweise ist verfallen und das Grundwerkzeug, wie Karren usw., die das hülfende Element nicht mit fortgerissen hat, liegt tief im Sande. Die Dämme, die für die lokale Sperrenmauer ausgehacht ist, ist allerdings noch mit Wasser gefüllt. Hier haben die Fluten Höhe geholt. Eine große Dampfmaschine und eine elektrische Maschine, welche der Firma Liebold gehörte, wurden von den Fluten aus der Dämme fortgerissen. Dasselbe Schicksal hatte ein gleichfalls der Firma Liebold gehöriges großes Gerüst; auf dem der Schalter aus der Grube auf die nächste Anhöhe gebracht wurde, und die Masten der elektrischen Leitung. Die Errichtung des Gerüsts kostete allein gegen 6000 Mark. Der hier ein

der weitans größte Teil vollständig weggerissen worden; nur ein kleiner Teil der Mauer, der auf festem Boden steht, blieb erhalten. Ebenso ist das R.A. in Mauer vollständig demoliert. Die Arbeiter müssen wieder beinahe von vorn beginnen werden, und es wird Wochen dauern, ehe der Schaden vollständig ausgebessert ist.

Bromberg, 25. September. Das Schwallen bei Weichsel ist bei Brachmünde und Schully alles Holz fort. Das Holz ist als verloren. Der Schaden wird auf mehrere Millionen geschätzt.

Stiegen, 24. September. Entbehrungsabgabe. Der Aufsichtsrat der Aktien-Gesellschaft für Bären- und Dividende beschloß, der General-Versammlung neun Prozent Dividende vorzuschlagen. — Aus dem Jahresbericht der Aktien-Fabrik Gesehen ist zu ersehen, daß die Aktionäre für den Zentner Aktien 1 Mark 18/100 Pf. erhalten haben.

Bienitz, 25. September. Der erste Schnee ist hier am Montag früh bei einer Temperatur von + 7 Grad Reaumur bereits gefallen, der jedoch bald wegging. Auch im Landkreise ist um diese Zeit Schnee gefallen. Gestern Abend war Wetterleuchten zu bemerken.

Görlitz, 24. September. Fette Dividende. Der Aufsichtsrat der Aktien-Gesellschaft für Eisenbahnmateriale in Görlitz hat beschlossen, der Generalversammlung für das vergangene Geschäftsjahr bei reichlichen Abschreibungen und Rücklagen wieder 18 Prozent Dividende vorzuschlagen.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Auf dem Neubau Ecke Jansenstraße und Doktorang in Stegitz hat ein Maurer mit dem Verschalen einer Zimmerdecke beschäftigt, als er unversehens an einem Stroh Manerriegeln stieß; dieser kam ins Rollen, zerlegte das Gerüst und dadurch stürzte der Maurer mit ab. Er baute sich bei dem Fall so erhebliche Verletzungen am Kopfe und an den Schultern zugezogen, daß er mittels eines Krankenwagens nach dem Northahelm übergeführt werden mußte. — Am Walde bei Gernsdorf wurde von einem Knaben die fast völlig verweste Leiche eines Mannes aufgefunden, die sich schon über Jahr und Tag in hohler Stellung dort befunden haben mag. Vermutlich handelte es sich um den vor fünf Jahren erschossenen Verarbeiter Hermann Seiler aus Gernsdorf. — Ein paar „wohlerogene“ künstliche Vurken verübten kürzlich auf dem jüdischen Friedhofe in Myslowitz dadurch eine Störung, daß sie die Grabsteine durch Zerschmetterung und Nachahmung der Gebete stürzten. Der Vorfall wurde zur Anzeige gebracht. — Der Schlag tritt in Stegitz immer noch stark auf. Am Donnerstag erlangten nicht weniger als fünf Extrantungsfälle von Kindern zur amtlichen Anzeige.

Neueste Nachrichten.

Aus Rußland.

Im Gouvernement Samara ist eine furchtbare Hungersnot ausgebrochen. Die Lage der Bewohner ist verzweifelt. Die Priester aus 12 Dörfern riefen das rote Kreuz um Hilfe an. Die Zahl der Kranken nimmt täglich zu, besonders imlet der Storbai sehr schlimm, ebenso der Unterleibstypus. Brot wird aus den unglücklichsten Substanzen hergestellt. Das von der Regierung gelieferte Saatgetreide ist von zweifelhafter Qualität. Die Landwirtschaf und die Mitglieder der Verpflegung-Kommission wählten ihres Amtes sehr gewissenlos. Im Steppengebiet herrscht ebenfalls Hungersnot. Das Vieh leidet infolge Futtermangels und muß zu Schleuderpreisen verkauft werden. Es gibt Provinzen ohne Saatgetreide. Es bedarf großer Mittel seitens der Regierung, um der Hungersnot zu steuern. Allenfalls wird die Privathilfe angerufen.

Waffenstillstand auf Kuba.

Aus Havana wird berichtet, daß die Regierung und die gemäßigten Partei sich bereit erklärt haben, den Forderungen der Liberalen und Aufständischen in allen Punkten nachzugeben. Auf Kuba ist gestern der Waffenstillstand verkündet worden.

150 Personen ertrunken!

Ein Telegramm aus Cambele Port berichtet, daß 150 Personen durch das Sinken eines Schiffes im indischen Meer ertrunken sind.

Ein Eisenbahnunglück in Amerika.

Gestern Mittag wurden bei einem Zusammenstoß zwischen einem Personen- und einem Güterzug auf der Minneapolis-Sankt Louis-Eisenbahn in New-Prague (Minnesota) 6 Personen getötet und 25 verletzt.

Von einem Straßenbahnwagen überfahren.

Auf der Straßenbahnstraße Beuthen - Antonien hatte in der Nähe der Kopsowischen Begelei die Arbeiterfrau Thomeke von einem Straßenbahnwagen überfahren worden. Sie erlitt einen Schädelbruch und mußte nach dem Krankenhaus in Beuthen gebracht werden, wo sie hoffnungslos darniederliegt.

Quittung.

Für die Stadtvorordnetenwahlen gingen außer den bereits quittierten 17.00 Mark noch ein:
Von den Berliner und Breslauer Tapeziern des
Neuen Schauspielhauses 10.80
Risse 241. Freitag 2.50
„ 28. Distrikt 3 9.35
Zusammen 39.55 Mark
Sammelkassen sind im Parteisekretariat, Stern-
Gruenstraße 5, 2. Etage, zu haben.

Orientieren.

Schweizerischen. Wir haben Ihre Zuschrift der Lokal-
kommission überlesen.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Dienstag, den 28. September.

	Zeit	Wind	Wolke	Temp.	Dir.	Wetter
Potsdam	4	WS 3	1	11	4	Regenschauer
Berlin	4	WS 2	0	10	1	
Dachau	4	WS 2	6	10	4	wolkig
Schwetzingen	4	WS 6	6	10	4	Regel
Stettin	4	WS 0	0	12	4	wolkig
Dresden	5	WS 2	1	11	4	Schlechte

Arbeiter-Sekretariat Breslau.

Mittwoch, den 29. September.
Sonnabend, den 30. September.
Montag, den 1. Oktober.

Ans den Gerichtshöfen.

Der Postklaus auf der Anlagebank.

Ein Postklaus hatte sich in der Person des Landbesitzers Schönberr aus Wittweiba vor den Geschworenen wegen Unterschlagung im Amte und Urkundenfälschung zu verantworten. Der Angeklagte wurde ein Opfer der miserablen Bezahlung der Postunterbeamten. Seit dem 1. Februar 1906 als Beamter angestellt und endlich in Pflicht angenommen, bezog der 30-jährige Mann ein Monatsgehalt von ganzen 58 Mark. (!) Über diesen Betrag erhielt er nicht einmal voll ausbezahlt. Er war Landbesitzer und mußte sich ein Dienstpferd anschaffen! Den Kaufpreis schob ihm der Postklaus vor und zog ihm monatlich 15 Mark vom Gehalt ab, so daß ihm nur noch 43 Mark (!!) monatlich zur Befreiung seines Lebensunterhaltes blieben. 10 Mark wöchentlich in der heutigen Zeit der Nahrungsmittelverteilung! Wenn das ein Privatunternehmer einem Arbeiter zu bieten sich wagte, der würde wohl mit Recht eine recht deutliche Antwort erhalten und er könnte wohl bis zum 31. Nimmerleinstag warten, ehe er Ausbrennungsobjekte bekommen würde. Und hier ist es ein Staatsbetrieb, der eine Muster-Bezahlung leisten soll, aber nicht ist. Millionen Ueberläufer machen der Postklaus Jahre für Jahr, und seine Unterbeamten dürfen und nicht wenige kommen auf die Anlagebank, weil sie nicht entsprechend besoldet werden und dadurch indirekt dem Verbrechen in die Arme getrieben werden. Denn ein Verbrechen ist es nach dem Gesetz, wenn sich ein Beamter an ihm amtlich anvertrauten Geldern vergräbt, ein Verbrechen, das mit schweren Strafen belegt ist. So erging es auch Schönberr. Er kam mit den kumpfaren paar Mark nicht aus und unterschlug Gelder, die ihm von Leuten seines ländlichen Postbezirks zur Einzahlung übergeben wurden. Wie es geht in solchen Fällen: Ein Loch wird aufgemacht, um ein älteres zu verstopfen. Schließlich unterschlug er auch einen Betrag, den er von der Postklaus unterhielt, wo er stationiert war, zur Auszahlung an den zu seinem Postbezirk wohnhaften Adressaten erhalten hatte, unter dem Namen und machte sich so auch der Urkundenfälschung schuldig. Dann kam die Entdeckung und Schönberr wurde verhaftet. Der seit kurzer Zeit verheiratete Mann hatte das Geld, das ihm seine junge Frau mit in die Ehe gebracht, nicht rechtzeitig erhalten, um die Unterschlagung, die etwas über 200 Mark betragen, decken zu können. Er war geschuldig und wurde nach völlig unbescholtenen war, wurde er mit einem Jahr Gefängnis und erzwungenem Scherwerk in Strafe genommen. Er hatte ehelos gehandelt. (!)

Vereins-Kalender.

Breslau.

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 25. September:
 Schirmmacher und Schirmmädchinnen. Abends 8 Uhr: Außerordentliche Mitglieder-Versammlung im Zimmer 2.
 Mittwoch, den 26. September:
 Arbeiter-Mobfahrer-Verein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend.
 Steinarbeiter-Verband. Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Zimmer Nr. 3/4.
 Sonntag, den 30. September:
 Eisenarbeiter-Verband. Vorm. von 10-12 Uhr. Kasentag. Zimmer Nr. 7.
 Mittwoch, den 3. Oktober:
 Allgemeine Buchdrucker-Versammlung. Abends 8 Uhr, im großen Saale.
 Donnerstag, den 4. Oktober:
 Maler. Mitglieder-Versammlung. Zimmer 2.
 Sonntag, den 7. Oktober:
 Freie Turnerschaft. Abends 6 1/2 Uhr: Quartals-Versammlung. Zimmer Nr. 2.
 Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:
 Distrikt 3 (Gräbschener Vorstadt).
 Dienstag, den 25. September, Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Bezirke 3, 4 und 5. Zahlreiche Erscheinen dringend erwünscht.
 Distrikt 4 (Nikolaitor).
 Bezirke 2, 3 und 4 (umfassend Berliner- und Marianenstrasse). Mittwoch, den 26. September: Zusammenkunft im bekannten Lokal. Vespredung resp. Vorbereitung zu den Stadtverordnetenwahlen.
 Bezirk 7 (Berliner Chaussee). Donnerstag, den 27. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder.
 Distrikt 6 (Nikolaitor).
 Bezirk 4 u. 15, umfassend: Andriestrasse von 1-31 und 2-30. Mittwoch, den 26. d. Mts., Abends 8 Uhr, Zusammenkunft und Zahlabend.
 Distrikt 9 (Obertor).
 Mittwoch, den 26. September, Abends 8 Uhr, Außerordentliche Mitglieder-Zusammenkunft im Distriktslokal, Weisenburgerstrasse. Da sehr wichtige Sachen vorliegen, werden die Genossen erlucht, etwas zahlreicher zu erscheinen.
 Sonnabend, den 29. September, Abends 8 1/2 Uhr, Abrechnung der Bezirksführer im bekannten Lokal. Die Bezirksführer werden

erlucht, ihre Mitgliedsbücher mitzubringen und alle haben zu erscheinen.
 Distrikt 11 (Sandtor).
 Bezirk 1 (Matthiasstrasse 9-89, Herzogstrasse, Vorder- und Hinterbleiche). Donnerstag, den 27. September, Abends 8 Uhr: Rufammenkunft in dem durch den Bezirksführer bekannt gegebenen Lokal.
 Distrikt 17 (Schweidnitzer Tor).
 Bezirke 3 und 4. Dienstag, den 25. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im bekannten Lokal.
 Distrikt 18 (Jancker Stadt, Ostkreis).
 Freitag, den 28. September, Abends 8 Uhr, Bezirksführer-Zusammenkunft im bekannten Lokal.
 Land-Distrikt 7.
 Bezirk 3. Mittwoch, den 26. September, Abends 8 Uhr, Zusammenkunft.
 Liegnitz. Gewerkschafts-Kartell. Donnerstag, den 27. September, Abends 7 1/2 Uhr: Sitzung.
 Freiburg. Deutscher Textilarbeiter-Verband. Donnerstag, den 27. September, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung in der „Germania“. Tagesordnung: Vortrag des Hauptleiters Otto Frisch, über den Wert der gewerkschaftlichen Organisation im Klassenkampf. Gäste willkommen.
 Girschberg. Erd- und Bauarbeiter. Sonntag, den 30. September, Nachmittag 4 Uhr: Große öffentliche Versammlung aller Beiräte in der „Andreaschänke“. Thema: Gewerkschaften und Unternehmer-Verbände. Zahlreiche Erscheinen, auch der Frauen, erwünscht.
 Altwasser. Große Volksversammlungen. Sonntag, den 30. September, Vormittags 11 Uhr im Gasthof „Zum Stern“, Kolonie Sandberg, und Mittwoch, den 3. Oktober, Abends 7 1/2 Uhr im Gasthof „Zur Krone“ in Altwasser. Tagesordnung: „Der Religionsunterricht in der Volksschule“. Referent: Chem. Lehrer Otto Kühle-Keipzig.
 Striegau. Tabakarbeiter. Sonnabend, den 29. September, Abends 8 Uhr in der „Bierouelle“ Versammlung. Tagesordnung: 1. Wie kann die Lage der Tabakarbeiter gebessert werden. Referent zur Stelle. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Verantwortlicher Redakteur: Theodor Müller. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von Oskar Spitz. — Druck von Th. Schatzky G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. Hierzu 1 Beilage.

Am 23. d. Mts. verschied unser Genosse, der Zigarrenmacher
Georg Bautz.
 Ein dauerndes Andenken werden ihm bewahren
 Die Genossen im Distrikt 16
 i. A.: Der Distriktsführer.

Am 23. September verstarb unser Mitglied, der Zigarrenmacher
Georg Bautz
 im Alter von 33 Jahren. 4183
 Ehre seinem Andenken.
 Der sozialdemokratische Verein für Breslau u. Umgegend.

Am 23. d. Mts. starb das Mitglied
Georg Bautz
 im Alter von 33 Jahren. 4183
 Deutscher Tabakarbeiter-Verband (Zahlstelle Breslau).
 Beerdigung: Mittwoch, den 26. September, nachm. 3 Uhr.
 Trauerhaus: Herdain, Hedwigstrasse 39. 4187

Nach langem, schwerem Leiden verschied unser Arbeits- und Verbandskollege, der Vorschmied
Robert Hartmann
 im Alter von 29 1/2 Jahren.
 Sein Andenken werden in Ehren halten
 Seine Kollegen des D. M. V. der Firma
 H. G. Schott, Breslau.
 Beerdigung: Mittwoch nachmittags 2 Uhr in Mittel-Peillau bei Reichenbach. 4189

Am 22. d. Mts. verschied unser Verbandskollege, der Vorschmied
Robert Hartmann.
 Sein Andenken werden in Ehren halten
 Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Am 23. d. Mts. verschied nach langer Krankheit unser werter Kollege, der Müller 4198
Paal Hartman
 im Alter von 40 Jahren an der Berufskrankheit.
 Ehre seinem Andenken.
 Die Zahlstelle Breslau
 des Deutschen Mühlenarbeiter-Verbandes.

Theodor Muszynski,
 Tischlermeister.
 Begräbnis-Anstalt u. Sargmagazin.
 Telefon 2254.
 Gräbschenerstr. 43,
 Ecke Friedrichstrasse.

Stadt-Theater.
 Dienstag:
 „Lohengrin.“
 Mittwoch:
 „Die Entführung aus dem Serail.“
 Donnerstag:
 „Fra Diavolo.“

Pöbe-Theater.
 Dienstag:
 „Zherlof Dolmets.“
 Mittwoch:
 „Frühlingsluft.“
 Donnerstag:
 „Der Zäcnerbaron.“

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
 Mittwoch:
Sumboldt-Verein.
 Volks-Vorstellung:
 „Der Weichentresser.“
 Donnerstag:
 Gruppe A. 3. Vorstellung:
 „Minna von Barnhelm.“
 Sonnabend:
 Gruppe B. 3. Vorstellung:
 „Minna von Barnhelm.“

Liebich's Etabl.
 Telefon 1648.
 Das phänomenale
September-Programm.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Victoria-Theater
 (Zimmener Garten).
12
Attraktionen.
 Bons an Wochentagen gültig.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

SCALA
 Nikolaistrasse 27.
 Letzte Woche!
 Die brillantesten
 Spezialitäten.

Beste Speisekartoffeln,
 5 Liter 20 Pf. 3991
 Baumarkt 22, Hof rechts.

Keine Wanzen mehr
 bei Gebrauch von Gröschel's
Wanzenöl!
 Flaschen zu 30 und 50 Pf.
Kein aufgenommen!
 ca. 30 verschiedene Sorten
 Vogelfutter.
Franz Gröschel
 Gellertstr. 60. (3342)

Freie Religionsgemeinde.
 Mittwoch, d. 26. September, abends 8 Uhr:
Gemeinde-Versammlung
 in der Gemeindschule, Grünstraße 14/16.
 Tagesordnung: Berichtstattung von der Provinzial-Versammlung. — 2. Friede- und Angelegenheiten. Der Vorstand.

Vorleiter
 für epochenmachende, spielend leicht verkündliche Neuheiten gesucht. 4193
Sehr hoher Verdienst.
 Auch sehr geeignet als Nebenverdienst. Off. sub H. O. 6490 an Hasenstein & Vogler A.-G., Frankfurt a. M.

Lieferfrau sucht Liepel, Matthiasstr. 9.

Gelenkbrütskauf von wenig gebr. Mäheln, Schränke, Verilowes, Sofas, Stühle, Bettstellen. Ausrichtische ganze Stuben. Fürstlich zu 20, 30, 50 Mt. zu verl. Friedrichstr. 66, a. Postenplatz. (4195)

Kaufe gebr. Möbel bei blögl. Fortreise. Todesfall. Umzug. Kaufe ganze Wohnungs-Einrichtung. geg. fof. Zahl. Best. briefl., a. mündl. Wähler, Gartenstr. 36.

Pfandleih-Institut.
 Selbst auf Pfänder leih Pfandleih-Institut. Friedrich-Wilhelmstrasse 61. I. (3601)

Feinste Natur-Topfel-Butter
 netto 8 Pfund für 8.50 Mark frei gegen Nachn. verl. Frau Bertha Hammler. Gedeburg (Dort.) 4192

Buchhandlung Volkswacht.
 Volks-Lexikon von Em. Baur, 101 Seite à . . . 0.20

Auf Kredit Möbel
 für Mk. 98.—
 Anzahlung Mk. 10.—
 für Mk. 198.—
 Anzahlung Mk. 20.—
 für Mk. 298.—
 Anzahlung Mk. 30.—

Einzelne Möbel
 Anzahlung von Mk. 5.— an. 4190

S. Osswald,
 Schubbrücke 74,
 1., 2., 4. Etage.
 Kataloge gratis und franko.
 Kredit auch nach auswärts.

G.-V. Breslauer Hutmacher
 (Mitgliedschaft des Arbeiter-Sänger-Bundes. Dirigent: Herr Vogel).
 Zu dem am Sonnabend, den 29. September 1906 im Saale des „Gewerkschaftshauses“, Margaretenstraße Nr. 17 stattfindenden

19. Stiftungs-Fest
 bestehend in Instrumental- und Vokal-Konzert, Vorträgen, Theater und Tanz mit Blumen-Polonaise dabei hiermit ergebenst ein
Der Vorstand.
 Anfang punkt 8 Uhr.
 Eintritt à Person 30 Pfg., an der Kasse 40 Pfg.
 Tagabzeichen à 50 Pfg. sind an der Kontrolle zu haben.

Kredit!



Anzahlung: Nebensache
 Abzahlung nach Wunsch.
Möbel einzelne Stücke —
 ganze Einrichtungen
Anzüge, Ueberzieher
 Bett u. Kinderwagen,
 Teppiche, Gardinen,
Max Biermann,
 Breslau, Ring 51, I.,
 neben der Stöckgasse.
 Filiale: Waldenburg
 i. Schl.
 Auch nach
 auswärts.
 4187

Neu! Neu!
Sehr wichtig für Kommunalpolitik
Sozialdemokratische Gemeindepolitik
 Kommunalpolitische Abhandlungen.
 Heft 1: Kommunales Wahlrecht 30 Pfg.
 2: Kommunale Arbeiterpolitik 40 „
 3: Kommunale Schulpolitik 50 „
 4: Kommunale Wohnungspolitik 50 „
 5: Steuern und Gebühren 30 „
 Zu haben in der
 Expedition der „Volkswacht“.

4. Konferenz der sozialistischen Frauen Deutschlands.

Mannheim, 22. September 1906.

Genossin Grünberg-Mürnberg hielt das Referat über den nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

Die Dienstbotenbewegung

und führte aus: Die Dienstbotenbewegung in Nürnberg hat wieder die Frage der Befreiung der mittelalterlichen Gesindeordnungen kräftig ins Rollen gebracht. Kurz vor Weihnachten erschienen bei mir auf dem Arbeitersekretariat zahlreiche Dienstboten, die klagten, daß die gnädige Frau sich gerade jetzt besonders viele Unverschämtheiten herausnehme, um dann mit Hilfe irgend eines Stretches das übliche Weihnachtsgeschenk zu sparen. Es möchte doch in der Zeitung auch darüber einmal ein Artikel erscheinen. Das geschah denn auch in der „Fränkischen Tagespost“, und zugleich beriefen wir eine Versammlung auf einen Sonntag Nachmittag ein. Wir hatten einen Saal für 100 Personen genommen, aber es kamen mehr denn 100. Schon in der zweiten Versammlung am 18. Februar wurde ein Verein gegründet, zu dem auch die Wäscherinnen, Hügelweberinnen und Putzfrauen Zutritt haben. Von 200 Mitglieder, die ursprünglich hatte, hat er sich jetzt auf 400 gehoben. Fünf Versammlungen sind abgehalten worden und es war nicht eine, in der nicht schwere Mißstände zur Sprache kamen.

In den Abendstunden der Gnädigen wurde wochenlang über nichts anderes gesprochen als über die Revolution in der Küche. Die Dienstboten sind bis heutigen Tages Estaden geblieben, denn man hat sie zu wahren Sklaven gemacht. Die Arbeitsstellung zu verbessern. Dabei hat die Revolution auch den Ausländer revolutioniert. Das Dienstmädchen könnte heute ohne jeden Schaden für den Haushalt dem gewerblichen Arbeiter gleichgestellt werden. Aber die Gesindeordnung mit ihren unwürdigen Ungleichheiten ist erst 1900 neu sanktioniert worden. Die Gesindeordnungen enthalten vor allem die Verpflichtung, alle Befehle der Herrschaft mit Achtung und Ehrerbietung entgegenzunehmen. Alle — auch die die ausgedehnteste Arbeit — zu arbeiten. So arbeiten denn nach Dr. Stillsch trefflichem Vorschlag über die Berliner Dienstboten diese dort durchschüttelt 18 bis 20, nach unserer jüngsten Nürnberger Statistik 17 bis 19 Stunden täglich. Eine so unnütze Arbeitszeit muß abgeschafft werden, im Interesse der gesamten Menschheit. (Beifall.) Kranke, auch anstehende Familienmitglieder muß der Dienstbot bei der Strafe der Gesindeordnung pflegen. Aber einen Vorteil hat die Gesindeordnung doch: Sie setzen die Kündigungsfrist nicht fest, schon sind die früheren einjährigen Kontrakte auf monatliche reduziert worden; die eintägige Kündigungsfrist wird die Dienstboten vielfach unabhängig machen. Medizin führt hierauf einige Fälle von mangelhafter Ernährung von Dienstboten an. Ein Schulkinder z. B. früherer Schulkinder und Sozialistenfreier gab seinem Dienstmädchen die Brocken, welche die Schulkinder liegen ließen. Dabei sind die Löhne miserabel. Der Durchschnittslohn beträgt in Berlin 200 Mark, Koft pro Tag 1 Mark gleich 365 Mark, Logis gleich 365 Mark, also macht 72 Mark, nehmen wir noch ein Weihnachtsgeschenk von 30 Mark, so macht das im ganzen 667 Mark. Das ist noch sehr gut gerechnet, denn manche Herrschaften geben, wenn sie verreisen, ihrem Mädchen nur ein Kostgeld von 65 Pfg. Besser als die Fabrikarbeiterinnen, wie die Herrschaften immer behaupten, stehen die Dienstmädchen also keineswegs da, vor allem auch nicht in sittlicher Hinsicht. Der erste Schritt kommt immer von den Befähigungen im eigenen Hause. Von den Mädchen wird immer wieder darauf hingewiesen, der Sohn hat mir keine Ruhe gelassen, anfangs habe ich ihn abgewiesen; dann ist er nachts zu mir gekommen. Da ich kein verschleißbares Zimmer hatte, konnte ich mich nicht dagegen wehren. Und wenn es nicht der Sohn ist, so ist es der Vater. In den von Dr. Stillsch eingeforderten Fragebogen wird das alles bestätigt. Das Dienstmädchen, das schwanger geworden ist, ist rettungslos verloren. Es bekommt keinen anderen Dienst und nichts bleibt ihm übrig, als tatsächlich auf die Straße zu gehen. Aber wenn wir wohnen wollten, das Dienstmädchen sollte nicht mehr im Hause wohnen, damit es nicht schuldig den Schweinepöbel preisgegeben sei — man würde uns auslachen. Wie groß ist für das schwangere Dienstmädchen die Versuchung, das Kind im Mutterleibe oder nach der Geburt zu töten. In Frankfurt am Main hatte man ein Dienstmädchen im — gerechtfertigten — Verdacht des Kindesmordes. Man sah im Rhein nach der Kindesleiche und fand — deren 38. (Große Bewegung.)

Die Referentin schlägt die folgende Resolution vor: Das angeblich „patriarchalische“ Verhältnis zwischen den Dienstboten und den Dienstherrschäften ist heutzutage zu einem Demantel und einer Quelle schmerzlicher Mißstände geworden, unter denen die Dienenden weit über das Maß der gewerblichen Arbeiter hinaus leiden. Das traurige Los derselben erhebt nicht bloß aus den zahllosen Klagen und Beschwerden, welche in die Oeffentlichkeit bringen, sondern es ist auch durch die Verhandlungen einwandfrei festgestellt worden, daß im allgemeinen den Dienstboten weder die kulturell-gesunde Lebenshaltung noch die gerechte soziale Würdigung zuteil wird, auf die sie trotz ihrer Arbeitsleistungen einen Anspruch haben.

Als schreiendste Mißstände ihrer Lage treten in Erscheinung: fast völlige persönliche Abhängigkeit von der Dienstherrschaft; schrankenlose Ausnutzung ihrer Kraft und Zeit, oft ungenügende Ernährung; eine allen Anforderungen der Hygiene und nicht selten auch der Sittlichkeit hochsprachende Bedauernung; Lohnschädigungen; schwere sittliche Gefahren usw. usw.

Das materielle und moralische Elend der Dienenden wird wesentlich dadurch verschärft, daß sie nicht unter dem gleichen Recht wie die gewerblichen Arbeiter stehen, nicht Anspruch auf die sozialen Institutionen haben, die deren Schutz dienen, sondern einem mittelalterlichen Ausnahmezustand unterworfen sind. Die 1,339,316 Dienstboten, welche die Berufsabteilung vom Jahre 1895 im deutschen Reich ermittelt hat, sind durch die Gesindeordnungen getrieben und ermanelt der Koalitionsfreiheit, mittels deren die gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen für eine Verbesserung ihrer Lage kämpfen.

Die 4. Konferenz der sozialistischen Frauen Deutschlands ist der Auffassung, daß die dringend nötige gründliche Reform der Dienstbotenverhältnisse nur das Werk der organisierten und sympathischen Arbeiterklasse sein wird, in deren Reihen die Dienstboten selbst mit für die Verbesserung ihres Lohnes kämpfen müssen.

Als wichtigste Grundlage dieser Reform und als unerlässliche Voraussetzung dafür, daß die Dienstboten selbst an der Hebung ihrer Lage mitwirken, erachtet die Konferenz die Aufhebung aller geschlichen Ausnahmebestimmungen für das Gesinde und ihre volle rechtliche Gleichstellung mit den gewerblichen Arbeitern. Sie fordert daher:

- 1. Abschaffung der Gesindeordnungen und Gesindebediensteten.
2. Unterstellung der Dienenden unter die Gewerbeordnung, Ausdehnung aller Versicherungsgesetze auf sie, Gewährung eines geschützten vollen Koalitionsrechtes und Aufhebung der Verpflichtung, Hausangehörige mit ansteckender Krankheit behaftet zu pflegen.
3. Sinnvolle Anwendung der Bestimmungen über Arbeitszeit und Arbeitsdauer, Sonntags- und Nachtarbeit usw. auf die Dienenden; im besonderen und zunächst als Mindestmaß an geschlichem Schutz, Einführung eines gesetzlich geregelten Arbeitstages, eines vollen freien Sonntagmorgens alle 8 Tage, und alle 14 Tage einen vollen freien Tag. Für außerordentlich harte Arbeiten sind Höchstfristen anzusetzen.
4. Gesetzliche Vorschriften, gesunde, den hygienischen Verhältnissen entsprechende Schlafräume, welche von innen her abschließbar sein müssen, und ständige Kontrolle derselben durch die Behörden.
5. Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts auch für die Dienenden bis zum 18. Lebensjahr.
6. Abschaffung der privaten Stellenvermittlungsbüros und Einführung von paritätischen Stellennachweisen.

Die Konferenz spricht des weiteren ihre Ueberzeugung aus, daß die Interessen der Dienenden nicht in dem nötigen Umfang und nicht mit der erforderlichen Energie von Organisationen vertreten werden können, welche Dienstboten und Dienstherrschäften der Interessen Abwägung halber bestreben, daß eine Harmonie der Interessen der Dienenden werden wie die aller Lohnarbeitenden von dem Klassenkampf zwischen Ausbeutern und Ausbeuteten beherrscht. Daraus ergibt sich, daß sich die Dienstboten in Organisationen zusammenschließen müssen, welche den freien Gewerkschaften gleich auf dem Boden des Klassenkampfes und Klassenkampfes stehen und nur die Interessen der Dienenden vertreten.

Die Konferenz erachtet es für die Pflicht der Genossinnen, die Dienstboten über ihre Lage aufzuklären, in Organisationen der letzteren Art zusammenzuschließen und für die oben bezeichneten Reformen mit allem Nachdruck einzutreten, damit die Hunderttausende dienender Köpfe des werktätigen Volkes zu einer kulturell-gesunden Lebenshaltung gelangen und zu tätigen Mitkämpfern werden.

Diese Forderungen sind sehr bescheiden, selbst Kleinbürgerliche Dienstboten mit Gerechtigkeitsgefühl werden nicht dagegen einzuwenden können. Die Hauptsache ist nun, daß Dienstmädchen-Organisationen liberal gegründet werden. Ich habe Petitionen für die Agitation unter den Dienstboten ausgearbeitet, die ich Ihnen gerne zur Verfügung stelle. Sorgen wir dafür, daß die Dienstboten zum mindesten gleichgestellt werden mit den gewerblichen Arbeitern, daß sie Lust und Liebe zum Leben bekommen. Haben wir erst all das durchgeföhrt, was wir für die Dienstboten erstreben, dann sind wir auch mit unserer Gesamtbewegung ein gut Stück vorwärts gekommen. (Stürmischer Beifall.)

Die Sonntagskündigung wurde von Genossin Zeitlin mit der Mitteilung eröffnet, daß als Vertreterin der Schweizer Parteigenossinnen die Arbeitersekretärin in Bern, Genossin Margarete Hoas-Harberger eingetroffen ist.

Genossin Hoas: Ich überbringe Euch die Grüße der schweizerischen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und besonders des schweizerischen Arbeiterinnen-Verbandes. Ich komme aus dem Land der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, wo in den Straßen die Polizei die Leute schlägt, und in den Gefängnissen geprügelt wird. Ich komme aus dem Land der Pressefreiheit, aus dem man die Redakteure ausweist. Ich komme aus dem Land, wo man bei aller Meinungsfreiheit die Genossen verhaftet, die wir als Referenten bestellen, so wie man die Genossin Bollabano verhaftet und ausgewiesen hat. Ich komme aus dem Land, wo man die Genossinnen einsperrt, die Flugblätter verteilen, ich komme aus dem Land, wo wir in dem vortrefflichen neunjährigen Schulunterricht noch Kuhn und Macht des Vaterlandes von Herzen lieben können, weil wir noch große Missionen haben. Aber ich komme aus diesem Lande, Genossinnen, um Euch zu sagen, daß wir im Begriff sind, die Missionen zu vertieren. (Bravo!) Und gerade die Arbeiterinnenbewegung in der Schweiz blüht auf. Vor zwei Jahren haben wir unseren vor mehr denn zwei Jahrzehnten von der Genossin Zeitlin gegründeten Verband reorganisiert und die Organisation hat seitdem ständig zugenommen. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wird in die Diskussion über das Referat zur Dienstbotenbewegung eingetreten.

Es liegen folgende Anträge vor: 14. Die Konferenz macht es den Leiterinnen der Bildungsvereine zur Pflicht, mit Hilfe der örtlichen Kartelle sich der Dienstbotenbewegung anzuschließen. Wo Bildungsvereine nicht bestehen, sind besondere Kommissionen zu wählen.

Genossinnen Kllas: Genossinnen Kllas, deren Verwaltung in den Händen der Genossinnen liegt.

Genossin Hoffe-Bremen berichtet über Dienstbotenbewegung in Bremen: Versuche sind schon früher gemacht, aber erst die Bewegung in Nürnberg hat neue Anregungen gegeben. Wir halten unentgeltliche Stellennachweise für ein gutes Agitationsmittel. Wir wollen jetzt in Bremen aufs neue den Versuch machen, die Dienstboten aufzuklären, damit sie sich aus ihrer herkömmlichen Lage, die eine verfluchte Bestimmung mit sich bringen muß, herauslösen. (Bravo!)

Genossin Müller-Rdin empfiehlt den Antrag Rdin: Gerade die Bildungsvereine sind als neutrale Organisationen am besten dazu geeignet, sich der Dienstbotenbewegung anzuschließen. (Beifall.)

Genossin Hoffmann-Mannheim: Ueber Dienstbotenelend kann gar nicht genug gesprochen werden. Wir treten für eine geregelte Arbeitszeit aller Branchen ein. Die Koft spottet in der Regel jeder Beschreibung: sie ist in den seltensten Fällen reichlich und anständig. Auch die Lohnverhältnisse und die Arbeitszeit sind ähuliche. Die Organisation der Dienstboten ist daher wohl berechtigt. Genossin Grünberg hat das Stellenvermittlungsbüro sehr treffend geteilt. Nirgends ist es so stark, nirgends werden die Dienstboten so ausgebeutet, wie in Mannheim. Deshalb wollen wir in Mannheim uns energisch mit der Dienstbotentrage beschäftigen und es wird uns auch gelingen, diesen Mädchen ein menschwürdiges Dasein zu verschaffen. Wir haben hier mit einer neutralen Stellenvermittlung bei der Ortsfrauentafel Mannheim ausgezeichnete Erfahrungen gemacht. (Beifall.)

Genossin Ziehe: Ich möchte eine reaktionelle Aenderung in der Resolution beantragen, dahingehend, daß der Schlusssatz des Punktes 2 „Aufhebung der Verpflichtung, Hausangehörige, die mit ansteckender Krankheit befallen sind, zu pflegen.“ Dem Punkt 1 „Abschaffung der Gesindeordnungen und Gesindebediensteten“ anzuschließen. Das ist notwendig, weil diese Verpflichtung nur besteht auf Grund der Gesindeordnung, und wenn diese aufgehoben wird, so ist eigentlich diese Verpflichtung auch aufgehoben. Der Zusatz wäre also eigentlich überflüssig,

Lobe-Theater.

Der Jägerbaron. Operette von Johann Strauß. Die Operettengruppe des Lobe-Theaters präsentierte in der Aufführung des „Jägerbarons“ am letzten Sonnabend einige neu verpflichtete Mitglieder. Am Dirigentenpult stand an stelle des Herrn Rosenberger Herr Kapellmeister S. H. K. Er zeigt die gleiche, sichere und flotte Art zu dirigieren, die seinen Vorgänger auszeichnet. Den Jägerbaron sang Herr S. H. K. Er leistet durchaus das, was man von einem Durchschnitts-Operettensänger erwartet. Er ist gewandt, bisweilen sogar übermäßig gelenkig im Spiel und besitzt viel Temperament. Sein Unglück ist's, daß als letzter vor ihm Herr N. N., unser früherer „Goldentenor“, den Jägerbaron gab. Wir achelten deshalb zunächst auf die Stimmittel des Ersatzmannes und waren arg enttäuscht. Die Stimme des Herrn N. N. entbehrt der sinnlichen Fülle und klingt besonders in den hohen Tönen arg gepreßt.

Einige Rollen waren neu besetzt. Frau Lang, die ihre hurselste Komit früher der Mirabella widmete, sang diesmal die Jägerbaron'se Cipra. Sie schen sich in ihrer sentimentalen Rolle nicht zu behagen und ihre Empfindungen teilten sich den Hören mit. Herr P. N., der Schweinefleisch Stupen, kopierte Girardt ausgezeichnet und leistete in Palavern eignen Haus noch ein kluges.

Aus aller Welt.

Merci Stettengeschichten. In Graz hat die Polizei eine Gesellschaft von Lebemannern entdeckt, die mit jungen Mädchen und Dirnen Drogen feierte. Es sind bereits 18 Verhaftungen vorgenommen worden. In die unansehnliche Angelegenheit sind junge Leute aus den „besseren“ Graz'ern verwickelt. — In Hannover ist nach schweren Sittlichkeitsverbrechen gegen Kinder seines Polizeireviere der Schutzmann Albrecht gefasst. Hinter dem glänzenden ist ein Siedebüchsen erlassen worden. — In dem Dorf Oberwies (Kanton Graubünden) kamen Fälle von Sabinismus vor, beim ein Dutzend „Kaugrauen“ und junger Frauen sich auf Grund archaischer kriegerischer Erbhörungen vom Kaiser entblößt gefasst liegen, um Vererbung ihrer Sünden zu erlangen. In slawischen Kreisen wird die Sache möglichst zu verheimlichen gesucht. Der Kaiser werde verhaftet. — In München hat infolge der wiederholten Verurteilung in den Kreisen der Zuhälter und Dirnen die Polizei alle in München angeworbenen Prostituierten bis auf sechzig ausgenommen und die Straßenkontrolle bedeutend verschärft.

gegen weiße Frauen, fand in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in Atlanta, der Hauptstadt des Südstaates Georgia, statt. Die Weißen waren schon seit Monaten wegen verschiedener Attentate auf Schwarze über die Negere aufgebraut. Sobald der Anführer geordnet hatte, wurde ein furchtbarer Mord unter den Negern ausgerichtet. Messer, Stöcke und Steine wurden gegen die Negere geworfen. Am meisten wurden dieselben in den Straßenabgründen angegriffen. Die Zahl der Toten wird auf etwa dreißig angegeben. Die Negere versteckten sich in den Kellern. Der Gouverneur beorderte acht Kompanien Infanterie und eine Batterie leichte Artillerie, um dem Morden Einhalt zu tun. Ueber hundert wurden verwundet. Vor Mitternacht waren noch 15,000 Weiße auf der Suche nach Negern. — Eine hässliche Mordthat an Atlanta befaßt, daß nach polizeilichen Feststellungen acht Negere und eine Negere getötet wurden.

Im Erdbebenjahr. Die in den verschiedenen Erdteilen stattgehabten Erdbeben haben auf dem Meeresboden bedeutende Umwälzungen veranlaßt, die für die Schifffahrt von besonderer Bedeutung sind. Wie ein portugiesisches Kriegsschiff feststellte hat, haben sich an der portugiesischen Küste Sandbänke gebildet, die sich auf der Höhe von Lissabon befinden. Diese Sandbänke dürften für die Schifffahrt von besonderer Gefahr sein. — Auch das fällige Erdbeben wird wieder gemeldet und zwar wurden in Taschkent mehrere Erdstöße verspürt.

Männlichkeit und ein Manneslocher. In den Nonnenklöster zu Gran (Ungarn) fanden junge Mädchen Aufnahme zur Erziehung. Schon vor längerer Zeit wurde bekannt, daß die Nonnen mit der Oberin, der hochaltrigen Magdara Bach, nicht nur Tanzen unterhalten in ein Kloster selbst veranfaßten, sondern wiederholt auch die Villa eines Religionslehrers Anton Spos besuchten, der ihnen Gesangs- und Tanzaunterricht erteilte. Vor einigen Wochen kam eine Dame in Gran an und suchte Abends an die Pforte des Klosters. Die Wächterin erteilte ihr die Auskunft, daß sie allein zu Hause weile, da alle Insassen des Klosters sich in der Villa Spos befinden, um dort dem Tanzen veranlassen zu haben. Die Dame war eine Nonne, die mit der Aufgabe betraut worden war, die Klöster, die über die Klöster im Kloster vertrieben waren, auf ihre Minderheit zu prüfen. Sie besah sich sofort in die Villa Spos, wo sie Nonnen, Lehrerinnen und Schwestern bei Besuchen mit den Mädchen des Klosters in schicklicher Toilette sah. Es wurde sofort verfaßt, daß sämtliche Nonnen aus Gran vertrieben werden. Das fällige Kloster wurde bis auf weiteres geschlossen.

eines Verbrechens gegen das keimende Leben. — Aus Berlin wird gemeldet: Das Opfer einer Gasvergiftung ist in der gestrigen Nacht der 20 jährige Fährlich Freiherr von Scheele geworden. In bergnütiger Stimmung war er heimgekehrt und hatte vor dem Schlafengehen das Gas angezündet, aber der Gahn nicht wieder richtig geschlossen. Am Morgen wurde er tot im Bette aufgefunden. — Bei dem Hochwasser der Weichsel ist von abtreibenden Holzmassen die fliegende Fährne nebst Pontonbrücke zu Kulm weggerissen worden. Zwischen Kulm und Dieskau sind jetzt einige 20 Dampfer zur Bergung des Holzes in Tätigkeit. — Als Leiche aufgefunden wurde im Pfarrhause zu Engelshaus bei Braunschweig die dort in der Familie des Superintendenten Hausbesitzer als Stütze tätig gewesene Emilie Wolters. Bei den Ermittlungen entdeckte man in dem Zimmer, in dem die Leiche lag, ein Leßing und einen Patronenkasten. Ob das junge Mädchen Selbstmord verübt hat oder einem Unfall beim Spielen mit der Waffe zum Opfer gefallen ist, konnte noch nicht festgestellt werden. — Die Frau, die in München Schwabing ermordet aufgefunden wurde, ist die von ihrem Gatten getrennt lebende Frau Viktoria Enginger. Der Mörder, der 46 jährige Zimmermann Max Ratz, der ihr Geliebter war, ließ sich vom Richter Zug überfahren und war sofort tot. Ratz hat schon einmal wegen eines Mordversuches an seiner damaligen Geliebten sieben Jahre Zuchthaus verbüßt. — Den Fallchen erwünscht hat wieder einmal die Polizei. Der in Burghofen als des Herbes an der Witwe Reinhardt und ihrer Nichte in Osterode (Gaz) verhaftigt verhaftete Arbeiter Hoffmann ist wieder in Freiheit gesetzt worden. — Wie aus Dresden berichtet wird, haben die Aerzte den neunfachen Mörder Max Dietrich für geisteskrank befunden. Er wird in die Irrenanstalt des Zuchthauses zu Waldheim übergeführt werden. — Im Volkstheatergeschäft ist in Rammberg a. S. spielte der 16 jährige Lehrling Wille mit einem Revolver und schuß seinen 18 jährigen Mitstreiter tödlich an; als er das W. N. N. N. N. N. richtete er die Waffe gegen sich selbst und schoß sich tot. — In Weismar in der Nähe der Wittichstätt Bombard wurde die scheidlich verfallene Leiche eines Mannes, der durch Messerschläge, Stöße und Schüsse vollständig unkenntlich gemacht worden ist, aufgefunden. Neben dem Leien lag ein noch mit sechs Kugeln geladener Revolver und ein Messer. Die Mörder sind unbekannt. — Der polizeiliche Detektiv mit Seminarlehrerlehre hat in Weismar a. S. hat aus jenes Vaters Anstalt 7000 Mark für gestohlen und ist mit einem gleichwertigen Jungen geflüchtet. — Im Feuerbatter Tunnel bei Stuttgart fuhr der Selbstmörder Bestimmung auf einen letzten Zug. Personen wurden nicht verletzt, dagegen ist der Materialschaden sehr groß. Der Versteck ist unterbrochen, da der Tunnel durch die Schienen

aber aus agitativen Gründen befristete ich doch, ihn be-

Bestimmungen über Arbeitszeit und Arbeitsdauer" anfangt, so möchte ich erklären, daß ich darunter verstehe, daß für die Dienstboten auch eine Mittagspause verlangt wird. (Sehr richtig!) Die Zeit der Mittagspause muß sich natürlich nach den Gepflogenheiten des betreffenden Haushalts richten, jedenfalls muß sie aber im Anschluß an das Mittagbrot eintreten. In anderen Ländern, wie Amerika und Australien, sind unsere Forderungen längst durchgeführt und allgemeine Praxis. (Beifall.) Genossin Lily Braun: In dem ausgezeichneten Referat der Genossin Grünberg hat es wahrscheinlich am besten gefallen, wie einheitlich in Nürnberg Partei und Gewerkschaften in der Durchführung der Dienstbotenvergangenheiten sind. In Berlin fand, als vor einigen Jahren eine starke Dienstbotenorganisation im Entstehen war, diese leider bei der Partei nicht die nötige Unterstützung und geriet daher ganz in bürgerliche Hände, und es entstand ein Verein der Dienstmädchen und Dienstherrschaften. Erstalltungsweise entwickelte sich die Wirtschaft in der Richtung der Umwandlung des Dienst- in ein gewerbliches Arbeitsverhältnis. Ich glaube, es ist unsere Aufgabe, diese wirtschaftliche Bewegung, die vorhanden ist und die Aufhebung des Einzelhaushalts zum Ziel hat, auf alle Weise, auch durch gewerkschaftliche Gründungen zu unterstützen. Die Dienstboten sollen sich als Arbeiterinnen fühlen und entwickeln, niemals als Dienende. Mit dem ganzen Prinzip der Dienstbarkeit müssen wir gründlich aufklären. (Lebhafter Beifall.) Nachdem sich noch die Genossin Fabrenwald-Samberg im Sinne der Referentin ausgesprochen hatte, wurde die Diskussion durch einen Schlußantrag geschlossen.

Genossin Wengels-Berlin: daß sich die Berliner Dienstbotenbewegung vor fünf Jahren in der Form abgeteilt habe, daß die Herrschaften mit in den Verein eintraten. Von Anfang an war aber eine Genossin mit in den Vorstand delegiert. Immerhin waren wir damals der Überzeugung, daß wir von parteiartigen nicht direkt für die Dienstbotenbewegung tun könnten. Inzwischen haben sich die Dinge aber so entwickelt, daß jetzt einem Jahre etwa der Verein der Hausangestellten ganz in unsere Hände gekommen ist. Die Dienstboten selber waren es, die verlangten, daß die Bewegung ganz und gar in unsere Hände übergehe. Die Herrschaften im Vereine haben auch bereits die abnehmende Zahl der bürgerlichen Damen, die im Vorstand saßen, haben für Amt niedergelegt. Der Musterdienstvertrag, der im Jahr in der „Gleichheit" veröffentlicht wurde, rührt vom Verein der Hausangestellten her; Genossin Stadthagen hat ihn dann durchgeführt. Frau Lily Braun tritt sich also: der Berliner Dienstbotenverein ist nicht mehr in bürgerlichen Händen. (Beifall.)

Genossin Lily Braun fragt in einer persönlichen Bemerkung, wie es mit unseren politischen und gewerkschaftlichen Forderungen zu verhalten sei, daß eine Parteigenossin sich in einen Vorstand hineindelegieren lasse, in dem bürgerliche Damen saßen. Es wäre nützlich zu wissen, ob überhaupt noch Parteigenossen dem Berliner Verein der Hausangestellten angehörien. In einem nach gewerkschaftlichen Grundätzen geleiteten Verein in deren Herrschaften überhaupt nicht zu brauchen. (Zunehmend.)

Genossin Ziehl: Auf diesem Standpunkt stehen wir selbstverständlich alle. (Sehr richtig!) Seitdem die Leitung des Berliner Vereins in unsere Hände liegt, wird auf dieses Ziel hingearbeitet. Weil die Bewegung ursprünglich in bürgerlichen Händen lag, ist es nicht möglich, alles mit einem Schlag umzuwandeln. Wir sind aber auf dem besten Wege und gewerkschaftliche Grundzüge werden in der Praxis und auch im Statut des Berliner Vereins ihren Ausdruck finden. (Beifall.)

Genossin Grünberg hielt darauf das Schlußwort. Die in den gestellten Urträge wurden zurückgezogen, die Resolution der Referentin einstimmig angenommen. Es folgte das Referat der Genossin Zettin über den nächsten Punkt der Tagesordnung:

Das Frauenstimmrecht.

Der der Referentin liegt hierzu die folgende Resolution vor:

Die Forderung des Frauenwahlrechts ist das Ergebnis der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise gezeitigten wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen, insbesondere aber der Revolutionierung der Arbeit, der Stellung und des Bewusstseins der Frau. Sie ist ihrem Wesen nach eine Konsequenz des bürgerlich-demokratischen Prinzips, welches die Beseitigung aller sozialen Unterschiede bezieht, die nicht auf dem Besitz beruhen, und auf dem Gebiete des privaten wie des öffentlichen Lebens die volle juristische Gleichberechtigung aller Großartigen als Recht der Persönlichkeit proklamiert. Das Frauenwahlrecht ist daher im Anfang an von einzelnen Denkern in Verbindung mit allen Umständen gefordert worden, in denen die Bourgeoisie für die Demokratisierung politischer Rechte eingetreten ist, als für eine Voraussetzung ihrer politischen Emanzipation und Herrschaft als Klasse. Die treibende und tragende Kraft als Massenforderung ist es jedoch erst durch die steigende Erwerbstätigkeit des weiblichen Geschlechts (insbes. vor allem aber durch die Eingliederung der Arbeiterinnen in die moderne Industrie. Das Frauenwahlrecht ist das Vorzeichen der wirtschaftlichen Emanzipation der Frau vom Haushalt und ihrer ökonomischen Unabhängigkeit von der Familie auf Grund ihrer Berufsarbeit.

Prinzipiell bedeutet das aktive und passive Wahlrecht für das weibliche Geschlecht in seiner Gesamtheit die soziale Anerkennung: praktisch bedeutet es das Mittel, politische Rechte zu erlangen, um die gesetzlichen und sozialen Schranken zu beseitigen, welche die Lebensentwicklung und Lebensbetätigung des Weibes hemmen. Aber die in der Frauenwelt ebenso wie der Männerwelt wirksamen Klassengegensätze bedingen, daß der Kampf um das Wahlrecht für die Frauen der Klassenkämpfe nicht verdrängt ist. Der Kampf des Wahlrechts ist soziales Kampfmittel steht in umgekehrtem Verhältnis zu der Höhe des Besitzes und der durch ihn verleihten sozialen Rechte. Im Schulstadium ist je nach der Klassenlage die volle rechtliche Gleichstellung des Geschlechts oder aber die soziale Emanzipation des Proletariats durch die Erwerbung der politischen Rechte zum Zweck der Aufhebung der Klassenherrschaft und der Überwindung der sozialistischen Gesellschaft, die allein die volle Emanzipation des Weibes verbürgt.

Den Klassengegensätzen innerhalb des weiblichen Geschlechts folgend tritt die bürgerliche Frauenbewegung nicht einheitlich auf, sondern mit besserer Klassenhaltung für das allgemeine Frauenwahlrecht ein. Die Arbeiterinnen sind deshalb für die Erwerbung ihres vollen Bürgerrechts auf ihre eigene Kraft angewiesen und auf die ihrer Klasse. Die proletarischen Bedürfnisse ihres Emanzipationskampfes zusammen mit historischer Einheit und Gerechtigkeitsgefühl erheben das Proletariat zum internationalen Kampfmittel für die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts. Die Sozialdemokratie, die politische Kampforganisation des Klassenbewußten Proletariats, tritt daher prinzipiell wie praktisch für das Frauenwahlrecht ein.

Die Forderung des Frauenstimmrechts gewinnt mit der Entwicklung des Klassenkampfes erhöhte Bedeutung. Auf Seiten der bürgerlichen Klassen wächst die Tendenz, durch die Beseitigung eines beschränkten Frauenwahlrechts die politische Macht des Besitzes zu festigen. Auf Seiten des Proletariats zeigt sich die Tendenz, die Klasse zu revolutionisieren und seine revolutionären Glieder ohne Unterschied des Geschlechts vollständig in die Kampforganisation zu stellen. Der Kampf für das allgemeine Frauenwahlrecht ist das unabweisbare Mittel, die Situation im Klassenkampf des proletarischen Kampfes zu nutzen.

Bei den Kämpfen, welche das Proletariat für die Erwerbung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Staat und Gemeinde führt, muß das Frauenwahlrecht gefordert und in der Agitation grundsätzlich festgehalten und mit allem Nachdruck vertreten werden.

Die Frauenkonferenz erklärt es des Weiteren als Pflicht der Genossinnen, sich mit aller Energie an den politischen Wahlrechtskämpfen zu beteiligen und ihnen die Massen der Arbeiterinnen als Wählerinnen zuzuführen, aber andererseits auch mit der nämlichen Energie dafür zu wirken, daß in diesen Kämpfen die Forderung des Frauenwahlrechts allgemein mit dem gebührenden Nachdruck vertreten wird.

Genossin Zettin wies einleitend darauf hin, daß nicht prinzipielle Gründe für die Behandlung der Frage des Frauenstimmrechts maßgebend gewesen sind, denn prinzipiell ist man sich in der Partei völlig einig, sondern daß rein praktische Erwägungen dafür maßgebend gewesen sind. Die Frage des Frauenstimmrechts muß in den Kreis der allgemeinen praktischen Aufgaben der proletarischen Frauen einbezogen werden. Nach unserer Auffassung tritt die Forderung des Frauenstimmrechts in erster Linie als Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise auf. Während die bürgerliche Frauenbewegung das Frauenstimmrecht als ein Naturrecht versteht, fordern wir es als soziales Recht, dessen Begründung in den sozialen wandelbaren Bedingungen beruht. Für die bürgerlichen Frauen sind in der Hauptsache ideologische Gründe maßgebend. Nicht in der Wohlhabenheit einer dünnen Schicht, sondern in der Armut, in der Not, in der Ausbeutung der großen Masse des weiblichen Geschlechts sehen wir den Grund für die Forderung des Frauenstimmrechts. (Zustimmung.) Die Frau ist in das Meer der Industriearbeiter eingetreten, sie muß das Recht der politischen Betätigung erhalten. Allerdings bestand das Frauenstimmrecht schon in gewissen Ländern, ehe es eine kapitalistische Produktionsweise gab. Das hing mit der Stellung der Frau in der Familie und der Wirtschaftsgemeinschaft zusammen. Überall ist das Frauenwahlrecht ein Vorrecht des Besitzes. Wir verlangen ein Wahlrecht, das nicht an den Besitz, sondern an die Person geknüpft ist. Das Recht der Frau als Persönlichkeit muß zur Geltung gebracht werden. Im Kampfe für die Eringung des allgemeinen Frauenstimmrechts ist aber nur die Sozialdemokratie unter allen politischen Parteien zuverlässig. Die bürgerliche Frauenbewegung ist in dieser Frage ganz unzuverlässig. Diese bürgerlichen Frauenrechtlerinnen beruhen ja in der Hauptsache auf dem Interesse, wobei dann das allgemeine Wahlrecht zu kurz kommen muß. Als Grund gegen das allgemeine Frauenstimmrecht wird häufig angeführt, daß die noch unter dem Einflusse des Feudalismus und des Merkantilismus stehenden Frauen ihre Stimme im Sinne der Reaktion abgeben werden. Sicher wird das zunächst der Fall sein, gebären doch nicht alle Männer der arbeitenden Klassen zu uns, stimmen doch viele Arbeiter heute noch gegen ihre eigenen Klassengenossen. Aber das darf uns doch nicht abhalten, die prinzipielle Haltung anzugeben, sonst müßten wir ja auch dafür eintreten, daß den rücksichtlosen Männern das Wahlrecht entzogen wird. Von bürgerlicher Seite ist auch die Sozialdemokratie als nicht ganz taktlos in der Frage des Frauenstimmrechts bezeichnet worden. In Bezug auf die deutsche Partei ist eine solche Behauptung eine Verungümpfung. Die deutsche Sozialdemokratie hat immer prinzipiell für das allgemeine Frauenstimmrecht gekämpft. Allerdings hat man die prinzipielle Forderung in anderen Ländern aus taktischen Erwägungen und Zweckmäßigkeitsgründen wieder lassen müssen. So in Belgien und Schweden und jetzt auch in Österreich. In Österreich hat man sich damit entschuldigt, daß Anträge auf das Frauenwahlrecht nur zur Verschönerung der jetzigen Wahlrechtsreform führen wird. Ich kann solche Erwägungen verstehen, aber nicht billigen. Unsere österreichischen Genossen hätten sich nicht abhalten lassen sollen, vorerst ihren prinzipiellen Standpunkt zu erklären, denn die dringende Politik ist am letzten Ende noch immer auch die praktische Politik gewesen. Unsere Partei kann überhaupt nur prinzipielle, nie Zweckmäßigkeitspolitik treiben. Unsere Gegner werden unsere Forderungen nicht nach unserer Bescheidenheit, sondern nach dem Grade der Nützlichkeit vor unserer Macht behandeln. Ich sage zum Schluß: Wir führen den Kampf um das allgemeine Frauenstimmrecht nicht als Kampf der Geschlechter, sondern als Kampf gegen die Übermacht der bestehenden Klassen. Das ist der Kampf für alle Ausgeborenen ohne Unterschied des Geschlechts, ein Kampf, der in seinen letzten Zielen sich darin ausdrückt, daß die Massen bei einem gewissen Grade ihrer fortgeschrittenen Entwicklung zu der Erkenntnis gelangen, die in der Freilassung der Frauen zusammengefaßt ist:

Es liegt an mir, ein Rud von mir, ein Schlag von mir zu dieser Zeit!

Und über das Gebäude hinst, von welchem du die Spitze bist!

(Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

In der Diskussion wendet sich Genossin Penning-Holland gegen die holländische Parteivertretung, die sich nicht prinzipiell für das allgemeine Frauenwahlrecht erklärt habe.

Abgeordneter August Webel (mit holländischem Beifall) begrüßt: Ich hätte eigentlich angenommen, daß nach dem Beifall, der dem Referat der Genossin Zettin gezollt war, eine Debatte nicht mehr stattfinden würde. Beshalb ist eigentlich das Wort nehmen soll, verstehe ich nicht recht. (Große Heiterkeit.) Ich folge auch nicht dem eigenen Triebe, sondern einem Druck des Bureaus, das meinte, daß ich noch sprechen müßte. Wie ich hier zum Sprechen genötigt bin, daraus können wir ersehen, was es erst bedeuten wird, wenn die Frauen mal nach allen Seiten ihren Einfluß ausüben werden. (Stürmischer Beifall.) Diese Frage können wir nur vom prinzipiellen, radikalsten Standpunkt aus behandeln. Die Sozialdemokratie darf sich in ihren Forderungen nicht von irgend einer anderen Partei unterdrücken lassen. Nur dadurch allein, daß wir prinzipiell an unserem Programmpunkt: Gleichheit und Freiheit für alles, was Menschlichkeit trägt, können wir unseren Einfluß auf die Massen ausüben und unseren Forderungen den Nachdruck verleihen, der uns zum Siege führen wird. Im Parlament tritt an uns oft die Frage heran, ob wir an unserem prinzipiellen Standpunkt festhalten sollen, obwohl wir wissen, daß wir damit keine Aussicht auf Erfolg haben, oder ob wir nicht einer verlockenden Konzeption uns anwenden sollen. Aber auch für den politischen Kampf gilt, was im bürgerlichen Leben gilt: Bescheidenheit ist eine Tugend, doch weiter kommt man ohne ihr! (Heiterkeit.) Wir können noch so beschriebene Forderungen stellen, wenn nicht der Druck der Verhältnisse dahinter steht, werden wir nichts erreichen. Aber gerade der Druck unserer Prinzipien zwingt unsere Gegner, uns bis zu einem gewissen Grade entgegenzukommen. In der letzten Zeit war so viel die Rede von der Nachsichtigkeit der Partei kein Wort in der Richtung der Forderung als das. (Lebhafte Zustimmung.) Ich behaupte im Gegenteil: Keine Partei in Deutschland ist mächtiger als die Sozialdemokratie. Sie beherrscht sowohl noch immer wie nach außen unser öffentliches Leben und ohne Sozialdemokratie würden wir in unserem öffentlichen Leben in vielen weit zurück sein. (Lebhafter Beifall.) Einen Beweis für den Einfluß der Sozialdemokratie in den letzten 15 Jahren haben wir in der Entwicklung der bürgerlichen Parteien zur Frauenfrage. Eine der Parteien, welche ein energisches gegen die Zulassung der Frauen zum Studium antrat, war das Zentrum. Und da machten wir erleben, daß vor zwei Jahren eines seiner parlamentarischen Mitglieder, Freiherr von Hertling, sich für das Frauenstudium aussprach. Also eine vollständige Umwandlung, nur durch den Druck der Sozialdemokratie bewirkt! Ähnlich ist es mit der bürgerlichen Haltung des Zentrum zum Verbot und Reaktionen nach der Frauen. Das zeigt uns, wie weiter gearbeitet werden

muß, um zu einem gewissen Ziele zu kommen. Es gibt sehr einflussreiche Kreise in Deutschland, welche nur auf eine passende Gelegenheit warten, um eine Beschränkung des Reichstagswahlrechts herbeizuführen. Es liegt nahe, daß diese Kreise keine Meinung haben, das Wahlrecht noch zu erweitern. Und vielleicht, Baristaenoffinnen, ich wage es auszusprechen, erleben wir es trotzdem, daß in Deutschland eher Rußland ist, das allgemeine, geheime Wahlrecht auf die Frauen ausgedehnt zu erhalten, als daß wir eine Beschränkung des Männerwahlrechts erleben. Es wäre schauerlich, wenn ich mich darin täuschen sollte, daß die gesamte wahlberechtigten Männerwelt, welcher das Wahlrecht beschränkt werden sollte, sich wie ein Mann erheben und einen Kampf aufnehmen würde, wie wir ihn in Deutschland noch nicht erlebt haben. (Beifall.) Davor wird man sich aber hüten. Andererseits könnte man aber in den Frauen, welche hart unter Inhaftierung und geistlichem Einfluß stehen, einen Vorposten erblicken, man könnte sich sagen, daß mit einer Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen die sozialdemokratischen Mehrheiten, wenigstens für eine gewisse Zeit, besetzt werden könnten. Trotzdem wäre es ein großer Fehler, wenn wir uns aus diesen Erwägungen gegen das allgemeine Stimmrecht der Frauen erklären wollten. (Sehr richtig!) Alle Gründe, welche man jetzt gegen das Frauenstimmrecht vorbringt, hat man vor 40 Jahren auch gegen das Männerstimmrecht vorgebracht. Ich selbst habe 1863 oder 1864 im Leipziger Bildungsverein gegen das allgemeine Stimmrecht gesprochen, weil die Arbeiter noch nicht reif dafür seien. Das ist auch heute noch in gewissem Grade richtig. Denn wie viele Arbeiter stimmen heute noch gegen ihre Klassengenossen und Klasseninteressen. Aber wir werden nach und nach immer mehr Stimmen gewinnen. 4, 5, 6 Millionen. Genau so wird es mit den Frauen gehen. Wenn die bürgerliche Klasse ihre Zustucht in der Frauenwelt suchen sollte, so werden wir genötigt sein, in ebenso intensiver Weise mit unserer Aufklärungsarbeit hier einzusetzen und dann ist für die herrschende Gesellschaft der letzte Pfingstsonntag gebrochen. (Beifall.) Aus diesen Befürchtungen heraus oder haben unsere Genossen in Belgien, Schweden, Österreich das Frauenwahlrecht ausgedehnt. Webel erklärt weiter, daß er diesen Standpunkt nicht teile. Ich will aber gegen unsere ausländischen Genossen nicht hier polemisieren. Auf dem internationalen Sozialistenkongreß im nächsten Jahre, den wir hoffentlich in Stuttgart werden abhalten können, werden wir uns ja ausführlich darüber auseinandersetzen. Zweifellos müssen wir, wenn wir Erfolg erlangen wollen — und wir müssen Erfolge erlangen — voll und rein das Banner der Partei entfalten. Konzeptionen lehnen wir, wenn sie auf dem Wege zu unserem Ziele liegen, niemals ab, aber wir dürfen sie nicht selbst annehmen. Ich danke der Referentin, daß sie einen so prinzipiellen klaren Standpunkt eingenommen hat, und ich bitte Sie, die Resolution anzunehmen, dann wird auch für die Partei die Verpflichtung entstehen, auf diesem Wege vorzugehen und wir werden zu dem Ziele gelangen. (Stürmischer Beifall.)

Frau Wengels-Berlin beantragt Schluß der Debatte. Frau Lily Braun erhebt hiergegen Widerspruch. Sie wolle allerdings nicht selbst zur Diskussion das Wort, habe aber den Auftrag von den englischen Genossinnen, deren Standpunkt hier zu vertreten.

Der Schlußantrag findet Annahme. Genossin Lily Braun fragt, ob sie nun aber nicht sich des Auftrages der englischen Genossinnen wenigstens entledigen könne. Ebenso macht eine Delegierte darauf aufmerksam, daß die österreichische Genossin Frau Bopp sich gemeldet habe, ob diese denn nicht auch zum Wort kommen solle!

Vorsitzende Luise Ziehl: Nicht das Bureau hat zu entscheiden, sondern wir handeln nach dem Willen und Beschluß der Versammlung.

Die Resolution Zettin findet einstimmige Annahme und es tritt eine Mittagspause ein.

In der Nachmittags-Sitzung hielt zunächst Genossin Dunder-Dresden ihr Referat über den

Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge.

Ihren Ausführungen liegt eine umfangreiche Resolution zu Grunde. Es heißt darin u. a.:

- 1. Die Frauarbeit muß so gestaltet werden, daß sie die Frauen nicht daran hindert, gesunde Mütter gesunder Kinder zu werden.
- 2. Es müssen Einrichtungen geschaffen werden, die den Frauen die Last der Mutterchaft erleichtern.

Es wird deshalb gefordert: Einführung des Achtstundentages der durch stufenweise Herabsetzung der Arbeitszeit auf 10 oder 9 Stunden vorbereitet werden kann. Verbot der Beschäftigung in gesundheitsschädlichen Betrieben. Verbot solcher Arbeitsmethoden, die den weiblichen Organismus gefährden, vor allem Erzeugung der Maschinen mit Hubtrieb durch solche mit mechanischer Kraft. Weiter wird Ausbau der Arbeiterchutzgesetzgebung gefordert in der Richtung, daß Arbeiterinnen das Recht kündigungslos Einstellung der Arbeit 8 Wochen vor der Niederkunft. Weiter wird gefordert: Ausdehnung des Arbeitsverbotes für Wöchnerinnen auf 8 Wochen, wenn das Kind lebt, auf 6 Wochen nach Fehl- und Totgeburten oder falls das Kind innerhalb dieser Frist stirbt. Von der Krankenkasse wird gefordert: Obligatorische Bewährung einer Schwangerenunterstützung im Falle der durch die Schwangerschaft verursachten Erwerbslosigkeit auf die Dauer von 8 Wochen. Freie Bewährung der Hebammendienste und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden. Ausdehnung der Wöchnerinnen-Unterstützung von 6 auf 8 Wochen und auf 13 Wochen, wenn die Mutter ihr Kind selbst stillt. Erhöhung des Pflegegeldes an Schwangeren, Wöchnerinnen und Stillende für die Dauer der Schutzfrist auf die volle Höhe des durchschnittlichen Tagesverdienstes. Schließliche Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf die landwirtschaftlichen Arbeiterinnen, Heimarbeiterinnen und Dienstboten. Von dem Gemeindefiskus wird die Errichtung von Entbindungsanstalten, Schwangeren-, Wöchnerinnen- und Säuglingsheimen gefordert. Vom Staate wird die Bewährung von Zuschüssen sowohl an die Krankenkassen als auch an die Gemeinden, damit diese den genannten Mutterchutzforderungen gerecht werden können. Aufklärung der Frauen über die richtige Erfüllung ihrer Mutterpflichten durch Aufnahme der Säuglingspflege in den Schulplan der Fortbildungsschulen für Mädchen.

Referentin bezeichnete diese Forderungen nur als Mindestforderung, das Ziel der proletarischen Frauen müsse die Herbeiführung einer Gesellschaftsordnung sein, in der die Menschheitsgüter über die materiellen Güter gestellt werden. (Langanhaltender lebhafter Beifall.)

Nach längerer Diskussion wird ein von Lily Braun gestellter Antrag ein Verbot der Frauarbeit 8 Wochen vor der Niederkunft, auszusprechen, nicht bloß der Arbeiterin das Recht zu geben, die Arbeit einzustellen, gegen den sich die Referentin erklärt, abgelehnt.

In übrigen ergibt die Diskussion fast völlige Übereinstimmung mit den Ausführungen der Referentin und die Resolution wird mit großer Mehrheit angenommen.

Gegen 6 Uhr erreicht die Konferenz ihr Ende. Genossin Zettin gibt einen kurzen Rückblick auf die erfolgreiche Beratung und schließt die Konferenz mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die sozialdemokratische Frauenbewegung.

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Mannheim, den 28. September 1906.

Der hier heute Sonntag Abend beginnende Parteitag gab dem Aussehen der ganzen Stadt Mannheim ein charakteristisches Gepräge. Schon in den frühen Abendstunden wälzten ungeheure Arbeitermassen nach dem städtischen Establishement „Rosengarten“, in dessen Nebelungsaal die Eröffnungsfestlichkeiten stattfanden. Der ungenutzte Saal, der ca. 7000 Personen faßt, war schon lange vor 7 Uhr, der festgesetzten Eröffnungsstunde, dicht gefüllt. Der vordere Teil des Parterres war für die Delegierten und die sehr zahlreich erschienenen Vertreter der Presse reserviert, in den Seitengängen aber und auf den kolossalen Galerien drängten sich die Genossen und Genossinnen Kopf an Kopf in gährender Fülle. Der Saal war reich geschmückt und mit rotem Tuch waren die Rednertribüne und die Geländer der Estrade drapiert. Oben auf dem Emporium stand die Statue der Freiheitsgöttin. Vor ihr hatten auf der Estrade etwa 500 Sänger, die Mitglieder der vereinigten Mannheimer Arbeitergesangsvereine, Platz genommen. Der Parteitag ist diesmal als „Festtag“ als „Festtag“ besetzt. 367 Delegierte waren schon vor drei Tagen angemeldet, die Zahl dürfte 400 erreichen. Namentlich Nord- und Mitteldeutschland ist stark vertreten. Auch das Ausland ist diesmal stärker als sonst vertreten, ebenso sind mehr Frauen amnestisch schon wegen der eben vorausgegangenen Frauenkonferenz. An ausländischen Delegierten sind gekommen: A. S. K. v. London als Vertreter der sozialdemokratischen Föderation, Karl v. Werleham, Frau Meuting, Frau Wikant als Vertreter des holländischen Frauenklubs, de Wans als Vertreter der belgischen jungen Garde. Außerdem sind erschienen: Mues, der Sekretär der belgischen Arbeiterpartei, S. N. S. Manns, der Sekretär des internationalen Bureaus in Brüssel, Fischer als Vertreter des „Republik“ in Paris, Wallos als Vertreter der Mittel- und Westeuropäischen Arbeiterpartei, Bar als Vertreter der Sozialistischen Partei und Meymanns als Vertreter der belgischen sozialistischen Parlamentsfraktionen. Österreich hat entsandt die Genossen S. Neber und Schäfer für die Sozialistische Gesamtpartei, Nemec für die Sozialdemokraten und die belgische Sozialistische Partei für die Sozialistische Partei. Die schwedische Sozialistische Partei vertritt Soederberg-Stochholm. Der Parteitag war vollständig erschienen, auch die Fraktion ist stark vertreten. Rosa Luxemburg ist ebenfalls anwesend und wird bezüglich begrüßt und beglückwünscht.

Eingeleitet wurde die Begrüßungsfeier durch den Gesang des Liedes „Deutsches Volk und deutsche Freiheit“, das Robert Seidel-Ritsch für den Parteitag gedichtet, Wendelin Weisheit komponiert hatte. Der Vortrag des Liedes durch die mehr denn 500 Sänger der vereinigten Mannheimer Arbeitergesangsvereine unter Leitung des Komponisten selbst fand stürmischen Beifall. Immer wieder mußte sich der Dirigent, dem Genosse Dr. Frank-Mannheim einen prächtigen Vorbertrag überreichte, vor dem Publikum verneigen.

Als sich endlich der Beifall gelegt hatte, ergriff

Reichstagsabg. Dreesbach-Mannheim

das Wort, um die erschienenen Genossen willkommen zu heißen und der Freude der Mannheimer Parteigenossen darüber Ausdruck zu geben, daß jetzt auch Mannheim die Ehre habe, das deutsche Arbeiterparlament zu beherbergen. Er behauptete, daß nicht die Parteitagsgespräche hier in dem wunderschönen Musiksaal abgehalten werden könnten. (Witruve) Mannheim würde man hier vergeblich suchen. Aber auch in der letzten Reihe im Kampfe um Freiheit und Volksrechte habe Mannheim im Gefunden, Mannheim, in dem Friedrich Schillers „revolutionäres Drama „Die Räuber““ zuerst über die weltbedeutenden Vertreter der Arbeiterbewegung, dessen Kirchenhof die Gebeine des Studenten S. A. S. birgt, der den Harenbildling Kogebue mordete, Mannheim, dessen Kirchenhof auch die Toten von 1849 birgt, die der damalige Kommandant, der Prinz von Preußen, standrechtlich erschossen ließ. (Witruve) Als Parteitag finde Mannheim im Geirich des Revisionismus. Nun müssen ja überall die Arbeiter unter den Bedingungen weiter kämpfen, unter denen sie groß geworden sind, aber wenn es gälte, die letzten Ziele zu erkämpfen, werde die Partei nicht vergebens an das Ergebnis der Mannheimer appellieren. (Stürm. Beifall.)

Wir durchleben eine politisch bewegte Zeit. In Rußland kämpft das Proletariat seit 1 1/2 Jahren unerschütterlich unter den anstrengendsten Opfern und nie vertrauen fest darauf, daß es sich zu Freiheit durchringen wird. In Österreich wird das Volk schon in der nächsten Zeit einen gewaltigen Schritt vorwärts tun. In Frankreich hat sich die Diktatur der Bourgeoisie von der unvollständigen Knechtschaft der Massen befreit. Nur in Deutschland verpöfcht man die Schulen und taktet unzufrieden, das seit 36 Jahren bestehende Wahlrecht an. Wenn hier das deutsche Proletariat zu neuer Begeisterung zusammentritt — einka, trotz des Streites, nicht sachlich und unparteiisch — so ist es ein schloffen, sein Evangelium der Menschwerdung, der Menschheitsbefreiung auch in die entferntesten Dörfer zu tragen. In diesem Sinne heiße ich den Parteitag in Mannheim willkommen. (Stürm. Beifall.)

Hierauf ergriff

Genosse August Bebel

von großem Beifall begrüßt, das Wort. Er dankt den Mannheimer Genossen für den glänzenden Empfang. Er erinnert an Badens Vorgeschichte, als „liberales“ „liberales“ „liberales“. Der Liberalismus habe auch hier verlagert, gerade ein Mannheimer Nationalliberaler, der Abg. Wasser mann, habe vor wenigen Jahren gesagt, Deutschland humore nach Liberalismus. Und derselbe „liberale“ habe sich an die Spitze der Majorität gestellt und trage jetzt die Verantwortung dafür, daß die Lebensmittel immer teurer und teurer würden und die große Mehrheit des deutschen Volkes schon jetzt an einer verberlichen Unterernährung leide. (Sehr wahr!) Die Nationalliberalen seien auch schuld, daß jetzt in Preußens Schulen, das Pfaffenkum Truntpf sei. (Beifall.) So haben wir keinen Grund, freudig in die Zukunft zu sehen. Aber Schwarzleher sind wir doch nicht. (Heiterkeit.) Wir haben Vertrauen in uns und das deutsche Volk, daß es früher oder später mit diesen schwarzen Zuständen aufräumt. (Stürm. Beif.) Bebel erinnert an alle die charakteristischen Vorgänge der preussisch-deutschen Politik, Ständes Lehrverfassung und Verbot an einen sozialdemokratischen Turnlehrer, wegen feindlicher Minderwertigkeit zum Unterricht zu erteilen und dafür seine Deflorierung mit dem Schwarzen Adlerorden, die Wahlrechtsknechtschaft des Zentrumspartners Strachwitz, die „Kamienjagd“ „Politik gegen die Polen, die Steuererhöhung um. Die Kolonialstände hätten Deutschland „führende“ „Politik“ heillos kompromittiert. Wenn trotzdem Bobdielski im Amt bliebe, der Partei könne es nur recht sein, wenn die regierenden Kreise sich von Grund auf kompromittierten. Nur solle man sich nicht über die Korruption aufregen. Von der Korruption lebt der größte Teil der bürgerlichen Gesellschaft und Bobdielski hat nichts Schlimmeres getan, als der große Nationalheros Bismarck auch. In der auswärtigen Politik hat Alceiras in bemerklicher Deutlichkeit gezeigt, daß Deutschland trotz al der Reden und al der Meier nicht ganz isoliert in der Welt dastehen. Ein beschämendes, trauriges Resultat der deutschen Politik. (Lebhafter Zustimmung.) Zum Schluß gedenkt Bebel der heroischen Kämpfe in Rußland, die auch für die deutsche Partei der schärfste Sporn sein müßten, mit nie rastender Energie gegen die jetzt unumkehrlichen politischen Zustände Deutschlands anzukämpfen. (Langanhaltender Beifall.)

Der Parteitag ist damit eröffnet. Zu Vorsitzenden werden Singer und Dreesbach gewählt.

Abg. Singer spricht seine aufrichtigen Wünsche für einen erassen wärtigen Verlauf der Verhandlungen aus und schließt mit der Hoffnung, daß auch dieser Parteitag zum Heil und Frommen der deutschen Sozialdemokratie arbeiten werde. (Stürm. Beifall.)

Zu Schriftführern werden auf Vorschlag von Gewerkschaften gewählt Genossen Baader - Berlin, Bartels - Altona, Schlegel - Breslau, Schmitt - München, Brandes - Magdeburg, Drenke - Hannover, Ulrich - Offenbach, Klippenberg - Dresden und Wollermann - Berlin - Schöneberg - Auch die Mandatsprüfungskommission wird, wie gewöhnlich, aus neun Genossen gebildet. Als Tagungszeit wird nach dem dem „Apostelbeater“ abgeschlossenen Vertrage die Zeit von 8 1/2 bis 12 1/2 und 2-6 Uhr festgelegt. Die Tagesordnung des Parteitages wird auf Antrag des Parteivorstandes dahin abgeändert, daß Punkt 4 auf die 6. Stelle zurückversetzt wird, sodas nunmehr als Punkt 4. Der politische Massenstreik, 5. Der internationale Kongress, 6. Die Arbeiterfrage. Die übrigen Punkte der Tagesordnung werden abgelehnt. Zu dem Antrag des 3. sachlichen Wahlkreises: auf die Tagesordnung „Die russische Revolution“ und die deutsche Arbeiterklasse“ zu setzen, bemerke der Vorsitzende Singer im Namen des Parteivorstandes, der Parteitag werde es sich gewiß nicht nehmen lassen, in geeigneter Form der russischen Revolution seine bewundernde Sympathie, und denen, die sich ihr widmen, seinen Dank auszusprechen. (Beifall.) Der Antrag wird darauf zurückgezogen. In Punkt 4: politischer Massenstreik wird nahezu einstimmig Lenin als weiterer Referent bestimmt. Eingegen wird der Antrag, zum Punkte 4: politische Massenstreik zum Korreferenten zu ernennen, mit Mehrheit abgelehnt.

Nachdem dann noch die übliche Geschäftsordnung genehmigt ist, schließt Singer mit der Mitteilung eines Telegramms, daß bei den russischen Wahlen der Parteikandidat mit 500 Stimmen Mehrheit Schlumberger geschlagen hat, die Versammlung.

Partei-Angelegenheiten.

Rebellenfreunden. In die preussische Reichsregierung zurückgekehrt ist der Genosse Redakteur Mollenbühr vom Halleischen „Volkswacht“, der im Vorparlamentarismus wegen Verleumdung eines Gutbesitzers vier Wochen im Gefängnis saß.

Personalien. Als zweiter Arbeitersekretär für das Arbeitersekretariat in Solingen wurde der Genosse Wilhelm Weber gewählt.

In Stelle des Genossen Redakteur Kette, der in Stuttgart zum Arbeitersekretär gewählt worden ist, trat Genosse Redakteur Fröhlich, früher an der „Volkswacht“ in Chemnitz, dann am Frankfurter Parteitag tätig, in die Redaktion des Halleischen „Volkswacht“ ein.

Arbeiterbewegung.

Ein christliches Schwindelwäuber. Eine „wohlunterrichtete Seite“ verbreitet in der bürgerlichen Presse die Behauptung, der Vergarbeiterverband trache in allen Fugen. Während im vorigen Jahre der Verbandsvorstand die Mitgliederzahl auf 160,000 angegeben habe, weise die letzte Abrechnung nur noch 80,000 nach, so daß dem gegenüber der christliche Gewerkschaften mit 70,000 glänzend dastehen. Die „wohlunterrichtete Seite“, die selbst im Gewerkschaftsorgan steht, fügt mit der Behauptung, der Verbandsvorstand habe jemals 160,000 Mitglieder angegeben. Auf dem preussischen Vergarbeiterkongress, also unmittelbar nach dem Streik, gab der Vorstand die Zahl von 140,000 an mit dem Zusatz, daß dies nur eine ungefähre Angabe sei, da die blühende gewaltige Säulung der Arbeit noch keine genaue Regulierung zugelassen habe. Daß nach dem Streik Mitglieder wieder abgeprungen sind, ist nie bestritten worden, das ist ein ganz natürlicher Vorgang. Die letzte Monatsabrechnung weist 80,000 vollzahlende Mitglieder nach; selbstverständlich kommen zu diesen noch die Restanten hinzu. Welcher Verein hat keine Restanten? Auf der erstandenen Konferenz gab der christliche Gewerkschaften etwa 100,000 Mitglieder an, später reduzierte er sie auf 70,000 und die Jahresabrechnung gibt nur 50,000 an ohne einen spezialisierten Nachweis. Gäh: er eine Monatsabrechnung, aus der erst wirklich zu ersehen ist, was die Mitglieder zahlen und demnach, wieviel Mitglieder vorhanden sind, wo bleiben da die 50,000 christlicher Gewerkschaften?

Die Tarifverträge der Buchdrucker scheint nicht in ruhigen Bahnen sich abwickeln zu wollen. Wie an anderen Orten, so hat auch in Pader eine Verlammlung der Prinzipale (Bezirk II Nord des Kreises I - Nord - des Deutschen Buchdruckervereins) ihren Tarifverträge beantragt, entschieden gegen die von den Gehilfen beantragte Erklärung der Arbeitszeit und fünfprozentige Lohnerböhung Stellung zu nehmen. Die Buchdruckergehilfen sind ihrerseits natürlich bestrebt, ihre gewis minimalen Forderungen zur Geltung zu bringen, und so dürfte es, wenn die Stimmung der Überder Prinzipale allgemein würde, zu einem heftigen Kampf kommen.

Das Ende des Bauarbeiterstreiks in Nürnberg. Auch die Maurer haben nun beschloffen, den Streik abzubrechen. Dieser Beschluß wurde mit 294 gegen 174 Stimmen gefaßt. Als die Unternehmer von der beabsichtigten bedingungslosen Aufhebung des Streiks hörten, wurde ihnen etwas ungemüht, weil sie immer noch hoffen, die Arbeiter durch kleine Zugeständnisse auf einige Jahre hinaus hängen zu können. Der Verband der Arbeitgeber im Baugewerbe hielt schnell eine Sitzung ab, worin beschloffen wurde, eine Lohnerböhung von 4 Pfa. pro Stunde zu bieten. Nachdem aber die Arbeiter jetzt ihren Beschluß gefaßt haben, suchen sich die Unternehmer auf andere Weise gegen die spätere Wiederannahme des Streiks zu schützen, indem sie Streikende unter der Bedingung einstellen wollen, daß sie aus dem Verbandsverbande austreten oder den Abschluß eines Vertrages bewirken. Zugang ist deshalb immer noch zu vermeiden.

Der Streik in der Eisenacher Fabrik ist nach achtwöchiger Dauer durch eine Lohnregelung beendet worden. Die Forderung, eine staatliche Erbschaftsteuer, also Werdwerke, nicht rechtzeitig fertigstellen zu können, hatte die Direktion zum Nachgeben veranlaßt.

Zum böhmischen Spinnereistreik. Im Letzener Bezirk wurde bereits in sieben Spinnereien mit 80,000 Spindeln gestreikt. Der Ausfall dürfte weiter zunehmen.

Die russische Revolution.

Vor dem Staatsbankrott.

In politischen Kreisen Petersburgs sieht man trotz aller Regierungsbementis der Tatsache entgegen, daß Rußland sich bald gezwungen sehen wird, den Zwangsakt einzuführen. Bitte wollten dies schon im Dezember 1905 tun und hatte schon den Diplomaten hierüber Mitteilung gemacht. Der Zwangsakt würde ein Goldagio zur Folge haben und eine Kurssteigerung aller staatlich garantierten Papiere herbeiführen, die vom Staate al pari übernommen und als Bezahlung ausgegeben würden.

Organisationsprojekte der Schwarzen Bande.

Der Verband russischer Männer hat den Entwurf der Errichtung orthodoxer Bruderschaften in ganz Rußland veröffentlicht. Diese Bruderschaften sollen die Freunde der Orthodoxie und der russischen Nationalität vereinigen; sie bezwecken die religiöse und moralische Erziehung der Bevölkerung und die Hebung ihres Wohlstandes. Jede Bruderschaft soll mehrere Parteien umfassen und als Bindelglied zwischen den Parteien und der russischen Bruderschaft in der Verteidigung des Glaubens, der Staatsidee und der Nationalität dienen. Sie besorgen die Aufschwümmung der Kirchen, die materielle Versorgung des Klerus, die Volkserziehung in orthodoxem und nationalem Geis, die Unterstützung der arbeitunfähigen Witwen und Waisen, die Hebung des Wohlstandes durch die Errichtung von Kleinrentenanstalten, von kleinen Landwirtschaftsbetrieben, von Br-

beitsgesellschaften zur gegenseitigen Hilfe, die Verbreitung von nützlichen Kenntnissen durch Vorlesungen usw. Die Bruderschaften sollen Eigentum erwerben, Schulen, Druckereien und Wohlthätigkeitsanstalten errichten, Zeitschriften herausgeben, Kirchen bauen, mit Geldern sich an die Verheeren wenden usw. (Nowoje Wremja 21. September.)

100,000 russische Genossen.

Der „Proletary“, Organ des Petersburger und des Moskauer Komitees der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei gibt folgende Zahlen der Mitglieder der Partei an: Russen 81,000, Polen 28,000, Letten 11,000, Dänen über 20,000. Die Partei ist also ungefähr hunderttausend Köpfe stark.

Behandlung der früheren Abgeordneten in der Provinz.

Man schreibt aus Petersburg: Von allen Seiten kommen Nachrichten über Verfolgungen und Verhaftungen ehemaliger Abgeordneter. Als Vorwand dient in der Regel „revolutionäre Propaganda und Agitation in der Bevölkerung.“ Was die Verheeren darunter verleben, erfahren wir aus dem Brief des früheren Abgeordneten Zwanitz, der aus dem Gouvernement Charlow, das er in der Duma vertrat, ausgewiesen wurde.

Seine Schuld bestand lediglich darin, daß er während der Pause in der Sitzung des Ausschusses, der über die Neulastsetzung der bäuerlichen Ländereien beriet, den anwesenden Bauern — im ganzen waren es etwa 40 Mann — die kaiserliche Thronrede bei der Eröffnung der Duma und die Antwortadresse der Duma vorgelesen hat. Während der Vorlesung erschien ein Mann in Zivil, der sich für einen Postbeamten ausgab; er forderte die Anwesenden auf, auseinander zu gehen. Und da sie dieser Aufforderung nicht freiwillig Folge leisten wollten, wurden in den Saal bewaffnete Polizisten eingeführt, die die Versammelten auseinandertrieben.

Nach 14 Tagen erhielt Herr Zwanitz den Ausweisungsbefehl, der unter anderem die Eigentümlichkeit aufwies, daß er sich auf das Reglement über den Kriegsurlaub stütze, obgleich dieser in dem Kreise, wo sich der Vorfall abgespielt hat, gar nicht eingeführt ist. Auch hätte der Gouverneur offenbar solche Fälle, daß er vergah, irgend welche Frist für die Ausweisung anzugeben. Nichtsdestoweniger hatte Herr Zwanitz ganz recht, wenn er seine Lebensgeschichte, die er in der „Ruska Bedomost“ veröffentlicht hat, mit den Worten schließt:

„Nachdem ich über den Vorfall in aller Ruhe nachgedacht habe, kann ich nicht umhin, meinen tiefgefühlten Dank dem Herrn Gouverneur auszusprechen. Auf Grund der letzten Erklärung der Regierung könnte er ja doch mich ohne weiteres in 24 Stunden erschießen lassen. Er hat mich aber nur von meiner Familie, von meiner Wirtschaft, die mich und meine Familie ernährt, und von der öffentlichen Tätigkeit fortgerissen.“

Witte über Stolypin.

Das Petersburger Blatt „Segodnja“ veröffentlicht einen Auszug aus einem Briefe Witte's, worin er berichtet, in Verhandlungen wegen der Wiederannahme des Kabinetts zu stehen und sich über die jetzige Regierung folgendermaßen äußert:

Das Kabinett Stolypin, das sich auf die reaktionärsten Elemente im Lande stützt, vertritt das Gegenteil der politischen Anschauungen und Ziele, die ich im Auge hatte und denen ich bis heute treu geblieben bin, trotzdem gewisse Tatsachen meine Ansichten über vernünftige und gesunde Politik und von mir angestrebte Ziele in Zweifel stellen. Wir sind Vertreter ganz verschiedener Weltanschauungen und Systeme. Zu einem Kabinettswechsel fehlt der Grund, denn das jetzige Kabinett ist populär, unabhängig und genießt Vertrauen. Ich wünsche Stolypin vom ganzen Herzen Erfolge, denn Rußland hat ruhige produktive Arbeit dringend nötig. Man darf nur nicht vergessen, daß der Schein oft trügerisch ist und daß, während das Kabinett am Werke ist, sich im Lande eine andere, dem beobachtenden Auge unzugängliche Tätigkeit entfaltet. Sie bedauerlicherweise Dumawahlen werden voraussichtlich den Zusammenstoß beider gleich geheimnisvollen, einander ausschließenden Strömungen herbeiführen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 25. September.

* **Der Kommunalfreistun** scheint nunmehr auch aus seinem Sommerschlaf erwacht zu sein und allmählich in die Vorbereitungen für den Stadterordnetenwahlkampf einzutreten zu wollen. Wie gemeldet wird, hat der Bezirksverein der Nikolajowstadt im Einverständnis mit der freisinnigen Parteileitung folgende Kandidaten aufgestellt: 3. Abteilung Bezirk 23 (bisher Weide, freie Vereinigung) Brauereibesitzer Klose, Bezirk 24 Schleiffer (wie bisher); 2. Abteilung Bezirk 7 (bisher Simon) Oberlehrer Prof. Dr. Wohlaue. Im 24. Bezirk stellt die Freie Vereinigung Herrn Schleiffer den Fabrikbesitzer August Dauber entgegen.

* **Eine öffentliche Volksversammlung** findet Dienstag, den 25. d. M. im „Ballhof“, Schiefwerderplatz, statt. Genosse Parteisekretär Neukirch wird über das Thema: „Hat sich die Frau um Politik zu kümmern?“ referieren. In Betracht des wichtigen Themas brauchen wir wohl zu regem Besuch nicht erst aufzufordern. Um eines aber ersuchen wir die Parteigenossen des Oberorts, und zwar, daß sie allen Frauen den Besuch dieser Versammlung dringend empfehlen.

* **Gewerkschaftsstatistik.** Die Gewerkschaftsmitglieder, welche noch im Besitz der für den englischen Kommissar bestimmten Fragebogen sind, werden dringend ersucht, dieselben umgehend dem Arbeiter-Sekretariat zu übermitteln. Gleichzeitig ersuchen wir um Rückgabe der noch ausstehenden Listen für die Lithographen und Buchbinder.

Der Vorstand des Gewerkschaftsstatistik.

* **Beim bevorstehenden Wohnungswechsel** richten wir an unsere Leser das dringende Ersuchen, rechtzeitig der Zeitungsträgerin die neue Adresse übermitteln zu wollen. Ein Zettel, auf dem die neue Wohnung vermerkt ist und der dem „Volkswacht“-Träger übergeben wird, ist das beste Mittel, um eine Unterbrechung der Zustellung zu verhindern. Gerade um den Monatswechseln ändern sich viele, wenn plötzlich die gewohnte Bekorre ausbleibt. Dann schelten sie wohl lächlig auf die Postfrau, die ihnen die „Volkswacht“ nicht mehr bringt und vergessen dabei, daß sie es selbst unterlassen haben, ihren Wohnungswechsel kund zu geben. Um verlässliche Unannehmlichkeiten zu vermeiden, bitten wir dringend, rechtzeitig von einem bevorstehenden Umzug dem Kolporteur-Mitteilung zu machen.

* **Breslauer Schauspielhaus.** Die Eröffnung des neuen Schauspielhauses in der Gartenstraße, welche Mitte Oktober stattfinden wird, erfolgt mit einer Aufführung des Johann Strauß'schen Werkes „Der Nacht“. Der Vorstellungsvorank geht ein von Carl Hübner's verlegter Prolog. Als eine der ersten Schauspielvorstellungen folgt „Der alte Holmer“ in der Originalbearbeitung von Popenhart. Für die zum Verkauf gelangenden Billets der Vorstellungen werden besondere Bestimmungen im Bureau des Theaters entworfen.

Unter Leitungswasser besteht aus drei Teilen aus Oberwasser und aus zwei Teilen aus Grundwasser.

Zum Mitglied des Stadtschiffers ist an Stelle des Stadtschiffers Peteron, der sein Amt niedergelegt hat, der Stadtrat Friedrich gewählt worden.

Stadt-Theater. Dienstag geht Richard Wagner's romantische Oper "Lohengrin" mit Herrn Günther - Braun in der Titelpartie in Szene. Mittwoch gelangt zum ersten Male in dieser Spielzeit Wagner's Oper "Die Entführung aus dem Serail" zur Aufführung. Die Constante Frau von Nollan, welche in der vorigen Spielzeit mit großem Erfolge gastiert hat, den Belmonte Herr Stewart, den Osmia Herr Schauer, das Wundchen Herr Wolter, den Pedro Herr Hilde, den Selim Wafa Herr Peter Rebhoff dar. Die Oper steht unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Beck und Regisseur Martin. Donnerstag wird Nollan mit großem Beifall die komische Oper "Fra Diavolo" wiederholt. Am Freitag findet eine Aufführung von Richard Wagner's romantischer Oper "Tannhäuser" mit Herrn Rebhoff als Tannhäuser statt. Für Sonnabend wird Friedrich Hebbel's Trauerspiel "Maria Magdalena" vorbereitet.

Sobbe-Theater. Die Dreifaltigkeits-Oper "Sherlock Holmes" wird heute, Dienstag, und am Freitag wiederholt. Morgen, Mittwoch, geht die Operette "Frühlingsluft", Donnerstag Johann Strauß' Operette "Der Riganerbaron" in Szene. Für Sonnabend ist Offenbach's Operette "Orpheus in der Unterwelt", die hier seit vielen Jahren nicht mehr gegeben worden ist, angelegt.

Humboldt-Verein. Volksvorstellung. Mittwoch gelangt als Volksvorstellung für den Humboldt-Verein Wolfer's Lustspiel "Der Weichenreißer" zur Aufführung.

Volksvorstellungen im Thalia-Theater. Als dritte Vorstellung der laufenden Reihe wird Lessing's Lustspiel "Minna von Barnhelm" am Donnerstag für Gruppe A, Sonnabend für Gruppe B gegeben. An der Abendkasse Willkomm.

Schwere Unglücksfälle. Folgende schwere Verletzungen fanden Aufnahme im Hospital der Armbrustbrüder: Ein Müller von der Grünstraße, der in der Nacht dieses Sturmes herabfiel und einen Fuß brach, ein Schüler von der ... der ... brach, der dem Haken des linken Arm brach, ein Fleischermeister aus Schönborn, der beim Fall vom Wagen das Bein brach, ein Pianist vom Hauptbahnhof, der beim Anspringen auf einen fahrenden Eisenbahnwagen fiel, wobei ihm beide Beine zertrümmert wurden, so daß sie ihm abgenommen werden mußten.

Wohnungsbrand? Am 24. September gegen 5 1/2 Uhr wurde die Feuerwehre nach Kalbarrenstraße 19 gerufen. Wo in einer Wohnkammer im 2. Stock eine Gaslampe nicht stange, ein Feuer und die Wandlatten brannten. Das Feuer wurde vor Anbruch der Feuerwehre gelöscht.

Gefahren wurden in der Nacht zum 23. d. M. aus einem Geschäft auf der Gabelstraße mittels Einbruch 170 Mark, einem Raucher auf der Rietzenstraße ein Fahrrad "Dreilo", einem Schlosser auf der Wallstraße ein Fahrrad Nr. 19.017, aus einer Wohnung auf der Schmalenstraße am 23. d. M. 120 Mark, eine silberne Brosche, ein goldener Kreuzbräse, zwei goldene Armbänder und eine Kette, einem Zimmermann von der Vohrauerstraße aus einem Stall vier Gänse.

Aus Schlesien und Posen.

Brieg, 24. September. Die letzte Wahlvereins-Versammlung war von über 75 Genossen besucht. Nachdem sich einige neue Mitglieder zum Beitritt gemeldet hatten, erstattete der Kassierer den Abrechnungsbericht für das zweite Quartal. Die Einnahmen belaufen sich auf 464.81 Mark und die Ausgaben auf 346.10 Mark. Der Kassenbestand betrug am Ende des zweiten Quartals 129.51 Mark. Nachdem die Kommissare die Kassengeschäfte für richtig erklärt hatten, wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Als erster Schriftführer wurde Genosse Johann B. gewählt und als Bibliothekar Genosse R. Um den Genossen das Leihen der Vereinsbücher zu erleichtern, wurden Bibliothekskunden festgesetzt. Bücher können beim Bibliothekar, Gerberstraße 21, und zwar Dienstag und Donnerstag, Abends von 7 bis 8 Uhr, und Sonntag Vormittag von 9 bis 11 Uhr, entnommen werden. Nach dieser Entscheidung für die Genossen wird angenommen, daß die Bibliothek, die äußerst wertvolle Werke enthält, stärker in Anspruch genommen wird. Unter "Verbindenes" wurde darüber Klage geführt, daß unser Ort von Seiten der Agitationskommission nichtmütterlich behandelt wird. Ursache bildete der Umstand, daß um Entsendung eines Redners zu der Versammlung erucht, ein solcher aber nicht erschienen war. Folgende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme:

Die heutige Versammlung des Wahlkreises Brieg-Namslau ist einkommensweise sehr gut besucht, da ein Vortrag in Aussicht stand, welchen ein Redner aus Breslau halten sollte. Seitens des Vorstandes ist rechtzeitig alles getan worden, was in solchen Angelegenheiten notwendig ist. Leider ist zum größten Bedauern kein Redner geschickt worden, auch ist nicht einmal eine definitive Antwort eingegangen, daß ein solcher nicht erscheinen würde. Daher ist die Versammlung zu der Ansicht gelangt, daß der Wahlkreis Brieg-Namslau nicht genügend berücksichtigt wird, und legt die Versammlung deshalb schriftlich Protest dagegen ein, da, falls es ferner so bleiben sollte, der Kreis schwer geschädigt wird, sowie einen Verlust an Mitgliedern erleiden könnte.

Hierzu wurde beschlossen, eine Versammlung mit der Tagesordnung "Partei und Gewerkschaften" abzuhalten.

Seitdem gab die Lokal-Kommission einen Bericht über den Stand der Sozialpolitik, der sicher zum Siege der Arbeiter führe wird. In anbetrach der früher werdenden Witterung hat sich die Lokal-Kommission indes veranlaßt gesehen, dem Bedürfnis der Arbeiter nach einem freien Lokale insofern Rechnung zu tragen, als das "Deutsche Haus" beheizungslos freigegeben worden ist. Unannehmlich erweist daraus aber der hiesigen Arbeiterschaft die Pflicht, die übrigen Lokale, soweit sie zugänglich sind, auf das strengste zu schließen.

Am 30. September veranstaltet der Fabrikarbeiter-Verband einen Kampfer-Ausflug nach Oltau, wobei auch Konzerte, musikalische Aufführungen und Tanz gegeben werden wird. Der Preis für die Teilnahme, die allen Genossen einfließen wird, beträgt 50 Pfg.

Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie wurde Johann die Versammlung geschlossen.

Brieg, 2. September. In der Versammlung des Vereins der Gastwirte, welche kürzlich stattfand, kam nochmals die Bierpreiserhöhung zur Sprache und behandelte man über das Projekt der Errichtung einer Genossenschafts-Brauerei. Der Vorsitzende hatte sich bei dem Besizer einer verfallenen Brauerei nach deren Preise erkundigt und dabei erfahren, daß sich der Preis auf 100,000 Mark stellen würde. Stütz kamen noch 100,000 Mark für den Neubau einer Mälzerei. Ein definitiver Beschluß wurde noch nicht gefaßt. Die Versammlung haben als einen Ausgleich für die Neubehaltung ihres Gewerbes an: die Behinderung der Ammertheuren, die Bekämpfung der Konkurrenz des Maschinenhandels, sowie der unerlaubten Ausübung des Schaum-Bierens seitens nicht lizenziierter Kaufleute. Schließlich unterhielt man sich noch über den Saal-Bahnhof. Neue Leute brauchen nicht etwa zu glauben, daß die hiesige Arbeiterschaft die hier trinken würde, auch wenn dieses in einer Genossenschafts-Brauerei bereitet worden wäre, so lange sie nicht ihre Lokale den Arbeitern zur Zutritt-Verteilung hergeben.

Schweidnitz, 21. September. Terrorismus der Bierbrauereien und Gastwirte gegen die Fleischhändler. Die Fleischhändler haben nun den Ringkammermann um die Strafe der Bier-Erhöhung ersucht, auch überläßt die von den Kom-

plottirten festgesetzten Verkaufsbedingungen einzuführen. In dem uns vorliegenden Schriftstück heißt es unter anderem, daß die Hiesigen drei Brauereien, sowie die Gorkauer Societäts-Brauerei und die Firma Markt u. Co. in Freiburg einer Einladung des hiesigen Gastwirtsvereins zuzweck Besprechung der beschlossenen Bierpreiserhöhung Folge leisten sollen. Der Beschluß der Brauereien, so heißt es weiter, das Getreide für eine Weile zu erhöhen, sowie die anderen Satzungen dieses Vereins sind vor dem Vorstand des Gastwirtsvereins anerkannt worden, und zwar unter der Bedingung, daß die Brauereien die erhöhten Preise auch ihren Privatkunden und den Vogelhäusern gegenüber zur Anwendung bringen. Zum Schluß heißt es: Die Unterzeichneten sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Bierverkäufer die Bier nicht billiger weiter verkaufen, als erstere selbst es tun dürfen. Geht es trotz dem, so müssen unterzeichnete Brauereien sofort die Lieferung an den betreffenden Abnehmer einstellen.

Wie man sieht, sind die hier in Betracht kommenden Interessentengruppen in der Wahl der Mittel nicht wahllos, wenn es gilt, ihren Profit zu erhöhen. Ein derartiges Vorgehen sollten sich Arbeiter einmal erlauben, wie würden da unsere „aufgeschauerten“ Preise nicht ihrer Presse dieses Verhalten brandmarken und nach dem Staatsanwalt rufen. Die Herren Gastwirte und Brauereigeistlichen aber lassen sich eins in das Geschäft, daß ihre Spekulation auf die Gutmütigkeit des Publikums so gut gelingen ist.

Aber nochmals: Während anderwärts die Gastwirte, kräftig unterstützt durch das Publikum, gegen die Versuche der Bierbrauereien, die neue Steuer der Konsumenten aufzubürden, ganz energisch Front gemacht haben, hat sich die hiesige Gastwirtsvereinerung unter Bevormundung ihres nachtesten Interessentenpunktes und ohne Rücksicht auf das Gros der Bevölkerung zu Handlungserleichterungen für das Braukapital bereit finden lassen. Allerdings, die Herren Gastwirte sind dabei vollkommen auf ihre Rechnung gekommen, und das erklärt alles. Aber, so möchten wir fragen, werden die Konsumenten dies so leichtschweigend hinnehmen?

Freiburg, 24. September. Das Eigentum ist heilig. Bloß sozialdemokratisches Eigentum darf widerrechtlich veräußert werden, ohne daß der Eigentümer zur Rechenschaft gezogen wird. Seitens des Bäderverbandes waren gedruckte Einladungen an die hiesigen Beschäftigten zu einer Besprechung verschickt worden. Bädermeister Lisch rief dem mit der Verteilung beauftragten die Fettel aus der Tasche und zerriß sie vor seinen Augen. Auf den wegen Sachbeschädigung gestellten Strafantrag ist nun von Seiten des Amtsanwalts folgende Antwort entgegengekommen:

„In dem Ermittlungsverfahren kontra den hiesigen Bädermeister Paul Lisch, wegen Sachbeschädigung, teile ich Ihnen mit, daß ich das Verfahren eingestellt habe, da das Gericht die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt hat, weil der Beschuldigte offenbar in begründeter Selbsthilfe zu handeln geahndet hat.“

Was wäre wohl einem Bädereigenen passiert, der gleichartiges Tunmissetzen verübt hätte?

Freiburg, 22. September. Weenbeter Streit. Die Speicherearbeiter der Firma Theodor Wagner legten sämtlich die Arbeit nieder, da ein Mitarbeiter wegen einer Differenz mit einem Lehrling plötzlich entlassen wurde. Die Arbeiter verlangten die Wiedereinstellung ihres Kollegen, welcher bereits fünf Jahre im Geschäft tätig war. Als diesem Verlangen seitens der Firmeneinhaber nicht stattgegeben wurde, verließen die anderen vier Arbeiter ebenfalls die Arbeitsstätte. Leider wurde die Firma, die unter Deduktion Ersatz für die Streikenden leistete, von Reservisten und anderen überlaufen, so daß schließlich drei Streikbrecher fanden. Nach erfolgter Aufführung stellte der eine jedoch die Arbeit wieder ein, während die zwei Reservisten ungeachtet aller Vorhaltungen weiter arbeiteten. Auf Verhandlungen mit dem Gauleiter des Handels- und Transportarbeiter-Verbandes, Kollegen Zimmer-Breslau, ließen sich die Firmeneinhaber nicht ein. Die Polizei hand nützlich auf Seiten der Unternehmer und erschwerte den Streikposten nach Möglichkeit die Aufgabe, mit den Streikbrechern in Verbindung zu treten. Nach dreitägigem Streik wurde jedoch eine Einstellung erzielt, insofern, als der plötzlich Entlassene auf eine Wiedereinstellung verzichtete und die Firma sich verpflichtete, zwei der Streikenden bald und die anderen in kurzer Zeit wieder einzustellen.

Sirchberg, 24. September. Schmerzaktöne der bohlokierten Saalbesitzer. Der Verein der Saal- und Konzertsaalbesitzer von Sirchberg und Umgebung hielt am Dienstag in der „Mieslanianne“ eine Versammlung ab. Zunächst wurde der Saalbesitzer, der vom hiesigen Gewerkschaftsrat über vier Lokale in Sirchberg und ein Lokal in Cammerndorf verbannt worden ist, einer längeren Erörterung unterzogen. Es wurde „mit tiefem Schmerz bedauert“, daß sich mit geistlichen Mitteln gegen die Verhinderung des Wohlwollens nichts tun läßt. Man müsse aber versuchen, die gestellten Forderungen festzustellen, um sie wegen Sachbeschädigung und Unzufriedenheit durchzusetzen. Auch wurde ein Antrag angenommen, die Polizeibehörde zu ersuchen, während der ganzen Dauer des Verstoßes der Saalbesitzern verwehrt Schutz durch Aufstellung der Polizeibehörde, und zwar bereits von Nachmittags an, zu gewähren. Ebenso wurde ein Antrag, das hiesige Wirtshauspatrouillen für Landwirtarbeiten am Orte zu bitten. Das Gesetz soll veranlaßt überreicht werden.

Hierzu möchten wir bemerken, daß wir es den Saalbesitzern „sehr nachfühlen“, daß unter Bohloki ihnen noch weniger zuzufügen, als sie vermutet hatten. Wenn sie sich nun auch verwehrt Schutz der Polizeibehörde und Wirtshauspatrouillen erbitten, so wird ihnen dies dennoch nichts helfen. Die Sirchberger Arbeiterschaft ist sich ihrer Aufgabe bewußt und das Kommende läßt sie fall. Aus dem letzten Geschehen der Saalbesitzer haben wir gesehen, daß wir auf dem richtigen Wege sind, und das ist für uns die Hauptsache.

Rattowitz, 5. September. Dienstreifige Polizisten. Unter dieser Spitzmarke berichten wir bereits im August über die Erfahrungen, die unser Kolporteur in Rattowitz, Genosse Stefanski, mit oberböhmisches Polizisten gemacht hat. Am Montage hatte sich nun Stefanski gleich in zwei Straßhöfen vor dem hiesigen Amtsgericht zu verantworten. Ein Strafbefehl über drei Mark ging ihm bereits am 10. Juli vom Amtsvorstand in Jawodzie zu, weil er Sonntags während des Gottesdienstes die „Kollswacht“ austrug und dadurch eine „offiziell-bemerkbare Art“ verrichtet haben soll. Raum hatte er dagegen Einspruch erheben, erhielt er schon einen zweiten Strafbefehl, direkt vom Amtsgericht Rattowitz wegen des gleichen Vergehens, erlangten in Jawodzie am 22. Juli. Diesmal aber schon über 10 Mark. Es wurde so dem unbedeutlichen Sozialgeiz, daß die Polizei ihn nicht umsonst so quasi unter Polizeiaufsicht hält. Natürlich wurde auch hiergegen Einspruch erhoben.

Der Verbrecher selbst hat zu haben, können sich die beiden Polizeibeamten Piegja und Ploch aus Jawodzie rühmen, die jetzt beide als Zeugen gegen Stefanski auftreten. Außerdem waren noch zwei Frauen von Abkommen in Jawodzie geladen. Alle aber konnten nur brüchig, was Stefanski selbst gar nicht h-splitten hat, nämlich, daß die „Kollswacht“ lediglich in der Wohnung der Abkommen abgelesen wurde. Man konnte ihm nicht nachsehen, daß auch nur ein Blatt auf der Straße, was als öffentlich bezeichnet werden könnte, an Festhalten übergeben worden wäre. So erfolgte dem Antrage des Amtsanwalts gemäß Lösen-Loje Freisprechung.

Bei so harter Bestrafung also müssen sich oberböhmisches Polizeibeamte erst vorher an höherer Stelle erkundigen, ob eine

Uebertretung vorliegt. Die „höhere Stelle“ erklärt ihnen, daß die Tätigkeit wirklich strafbar sei und kann muß das. Rattowitzer Amtsgericht erst, gleich wie an diesen anderen Orten, zum so und so vielen Male erklären, daß das Abgeben von Druckschriften in den Wohnungen keine öffentlich-bemerkbare Arbeit ist.

Von solchen Freisprechungen hat man in Jawodzie wohl niemals etwas gelesen? Dann braucht man sich eigentlich nicht wundern, daß die Zeitungskritiken gegen den bekannten Primitivbedienten Benzlowski so wenig Eindruck erweckt haben, daß derselbe jetzt noch im Amte ist; man hat ja wahrscheinlich noch gar nicht gelesen.

Aus den Gerichtssälen.

Wieder eine polnische Aufregung zum „Klassenhaß“. Der verantwortliche Redakteur Anton v. Wolski vom „Gornochonka“ aus Rattowitz war wieder einmal wegen Aufregung zum „Klassenhaß“ angeklagt. In einem Artikel, der mit den Worten anfing: „Das Deutlichste drängt sich auf allen Linien in unsere Orie ein“ wurden die Elternabende zum Gegenstand längerer Ausführungen gemacht. Lehrer mit „ganz deutschen Namen“ hätten die Elternabende ab und lassen sich hinführen in kluger Weise einschlagen. In dem Artikel wurden die Eltern weiter angegriffen, nicht deutsche Schauvorfstellungen der Elternabende zu besuchen, sondern ihre Kinder polnisch lesen und schreiben zu lassen. Der Staatsanwalt fand in der ganzen Haltung des Artikels eine Aufregung der polnischen Bevölkerung gegen erlassene Bestimmungen der königlichen Regierung und beantragte eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen. Das Gericht gelangte zu einem freisprechenden Urteile. Die Elternabende seien wohl eine Anordnung der Regierung, doch bestünde keine Pflicht, diese Abende zu besuchen.

Gemeinsam verurteilter Straßenstraub

War den beiden Kleinkindern Max und Karl David, dem Handlungsgehilfen Stumppner und dem Arbeiter Paul Vogel zur Last gelegt, die sich am Montag vor dem Breslauer Schwurgericht zu verantworten hatten. Die vier befinden sich im Alter von 20 bis 22 Jahren und sind ehemalige Schulkameraden. Karl David ist trotz seiner Jugend bereits wegen 20 halber Jahre bestraft und Vogel verurteilt zur Zeit eine Zuchthausstrafe wegen Diebstahls im Rückfalle. In der Nacht zum 25. März waren sie gegen Morgen aus dem Tanzlokal von Pletsch gekommen und die Schweidnitzerstraße entlang gegangen. Da begegneten sie dem Landesversicherungs-Sekretär Kukun, der in animierter Stimmung vom Cafe Katz aus seiner Wohnung austrieb. Sie folgten ihm die Schweidnitzerstraße zurück, und dann die Kaiser Wilhelmstraße hinaus bis zur Ecke Moritzstraße. Hier sprach Stumppner den Juden um Feuer an, während der Zeit erhielt dieser von einem anderen einen Stoß, daß er hinfiel. Auch Stumppner wälzte sich mit auf dem Boden und während Vogel und David ihm Stumppner die goldene Uhr nebst Kette ab. Max David hatte auf der anderen Seite der Straße Schmiere gesanden. Als Juden um Hilfe rief, gab der betreffende einen Pfiff, worauf die vier entflohen. Max David hat dann eine Invalidentarte von seiner Schwelger beschafft. Den Namen Anna David schickte Stumppner im Beschein der anderen auf einem Postamt in Gussau Davidsohn um und Vogel trug daraufhin unter Benutzung der gefälschten Karte die Uhr aus Letham. Von dem Erlös von 23 Mark erhielt jeder 5.50 Mark, während die verbleibende Mark gemeinsam verbrannt wurde. Letzteres geschah auch mit dem Erlös des später verkauften Pfandbuchs. Die Geschworenen sprachen alle vier Angeklagten des gemeinschaftlich verübten Straßenstraub und der gemeinschaftlich verübten Unterschlagung unter Zuhilfenahme von Letham der Brüder David und gegen Stumppner auf je drei Jahre und drei Monate Gefängnis und gegen Vogel auf eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren neun Monaten auf fünf Jahre Ehrverlust erkannt.

Ein Raubdiebstahl zum Prozeß Blumenberg.

Der bekannte Fall des Landgerichtsrats Blumenberg, dessen gerichtlicher Abschluß vor Monaten so großes Aufsehen erregte, wurde heute durch eine Verhandlung vor der hiesigen Strafkammer in die Erinnerung zurückgerufen. Einer jener schamlosen Erpresser, die den finanziellen Ruin des von der Höhe gestützten Mannes mit dem über immer noch gut klingenden Namen raffiniert auszunutzen verstanden, erschien vor den Schranken des Gerichts, um sich wegen seiner unfaulernen Machenschaften zu verantworten. Unter der Anlage der Erpressung, des Betruges, der Unterschlagung und des Wuchers stand der Agent Max Abraham aus Beuthen vor Gericht, ein wegen seiner außerordentlichen Geschicklichkeit, die er auch im Gerichtssaal nicht unterdrücken konnte, und wegen seiner heuchlerischen Anschuldbeterungen in der Hand gegeben und unter der Bedingung dieses Mannes verurteilt Abraham seine Schwindbeuten. So überreichte er Blumenberg, bei einem Mainzer Weinhändler eine größere Weinbestellung zu machen, wofür der Weinhändler ein größeres Darlehen zu geben sich bereit erklärt haben sollte. Die Provision für dieses Darlehen ließ sich Abraham von Blumenberg schon im voraus geben und der Schwindler kam erst heraus, als Blumenberg in höchster finanzieller Not nach Mainz wegen des Darlehens einen Mahnbrief schrieb. Blumenberg wurde aus seiner langjährigen Haft als Zeuge vorgeführt. Er machte den Eindruck eines völlig gedrohenen Mannes und war seit seinem Prozeß im Januar sichtbar gealtert. Er sagte aus, daß es ihm natürlich nie in den Sinn gekommen wäre, den Wein zu bestellen, wenn Abraham ihm nicht die Aussicht auf das Darlehen eröffnet hätte. Andere Betrugsfälle Abraham's wurden darin erörtert, daß er Kellner und Portiers um kleine Darlehen anging, wobei er vorspiegelte, er werde sie am nächsten Tage zurückzahlen. Auf dem Bahnhof Liegnitz wurde Abraham vom Oberkellner mit einem vernehmenden Fabrikanten verwechselt. Diesen Irrtum benutzte Abraham, um den Kellner „in momentaner Geldverlegenheit“ anzupumpen. Als dem Kellner die wahre Persönlichkeit Abraham's bekannt wurde, und er sein Geld verlangte, bot Abraham als Zahlung Blumenberg'sche Wechsel an, deren Annahme natürlich ausgesetzten wurde. Wohl er schon hätte den Agenten sein Geldschulden erlegt, wenn Blumenberg ihm nicht betrugstunten wäre und ihm das Geld zur Begleichung der Kellnerschuld geschickt hätte. Für sein Verhalten erntete er aber keine Dankbarkeit. Unter der Vorspiegelung, neues Geld aufzunehmen, ging Abraham mit einem Kumpel auf Meilen und lebte auf Blumenberg's Kosten in Aulck jabbilo. Blumenberg erblickt kein Geld, ja, er wurde obendrein noch beschwindelt, da Abraham unterwegs auf Blumenberg's Namen sich kleinere Summen borgte, als die Reisepfennige alle geben würden waren. Weiter kamen in der Verhandlung eine Reihe Unterschlagungen zur Sprache, deren sich Abraham dadurch schuldig gemacht hatte, daß er sich bei der Einziehung der Beträge der durch Blumenberg diskontierten hohe Abzüge machte, trotzdem ihm dieser für die Ausübung jedes Geschäftes 10 Prozent Provision zahlte. So behielt Abraham von einem Betrag in Höhe von 250 Mark, den ein Mainzer Geschäft auf einen Blumenberg'schen Wechsel zahlte, 150 Mark für sich zurück. In einem anderen Falle erhielt Blumenberg vor rund 200 Mark nur etwa 130 Mark, 70 Mark hatte Abraham für sich behalten. Alle Wechsel sind inzwischen von Blumenberg eingelöst.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Abraham einschließlicher im Blumenbergprozeß wegen Beihilfe erkannten zweifelhafte Gefängnisstrafe eine Gefängnisstrafe von drei Jahren Zuchthaus. Das Urteil lautete auf eine Zuchthausstrafe von einem Jahr Gefängnis und brachte in seiner Verbindung zum Ausdruck, daß die Handlungsweise Abraham's gegen Blumenberg eine ganz gemeine genannt werden müsse.